Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang | Dienstag, den 9. Dezember 1919 | Nr. 597 / A 326 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.65 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.50 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Kompareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Vereinsanzeigen das fettgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auf Vogels Spuren.

Affenkomödie.

Hauptmann von Kessel konnte auch am gestrigen Verhandlungstag wiederum als „Zeuge" vor Gericht erscheinen. Er hörte sich mit sichtlicher Gemütsruhe die Verteidigungsrede des Obersten Reinhard an und sein Gesicht, das unter dem Druck der Ereignisse in den letzten Tagen etwas bleich geworden war, bekam eine frischere Farbe, als er plötzlich aus dem Munde seines großen Lehrmeisters vernahm, daß er durchaus kein dunkler Ehrenmann, sondern ein hochanständiger Offizier sei. Dies hatte ihm übrigens schon vor einigen Tagen die schwerindustrielle „Deutsche Zeitung" bestätigt, die durch die Aussagen des Pfarrers Rump zu der Erkenntnis gekommen war, daß Hauptmann von Kessel das prachtvolle Bild eines preußischen Offiziers der alten Schule biete.

Nachdem durch das burleske Zwischenspiel, das Oberst Reinhard in den heiligen Hallen des Gerichtes aufgeführt hatte, beendet war, versank Herr Kessel wieder ins Nachdenken. Seine Gedanken schweiften in die Ferne. Er sah sich, im Auto sitzend, durch die nebligen Gefilde Norddeutschlands getragen, die holländische Grenze überschreiten, dort die Spuren des Oberleutnants Vogel verfolgen und schließlich im gesegneten Lande Argentinien landen, wo es ein fröhliches Wiedersehen gab. Mit einem Wort, Hauptmann Kessel dachte an seine Flucht.

In eine allzu große Aufregung wurde Herr Kessel bei diesen Gedanken nicht versetzt. Er weiß, daß im Autopark Lüttwitz in Dahlem die Vorbereitungen für die Flucht einen guten Fortgang nehmen und nahe vor der Vollendung stehen. Der große Siebzigerwagen ist vollkommen neu ausgerüstet für eine große Ueberlandfahrt. Ein Riesentank mit dreihundert Liter Ia Benzin ist extra eingebaut, zwölf prima Reservereifen sind im Wagen untergebracht worden und die Freunde Kessels studieren bereits die Karte, um sich über den Weg zu informieren. Eine Panne, die sich unterwegs zutragen könnte, ist völlig ausgeschlossen. Dafür bürgen die erstklassigen Autofachmänner, die die Vorbereitungen treffen und des Erfolges schon heute sicher sind. Der Chauffeur hat extra eine Telephonleitung bekommen, um Tag und Nacht erreichbar zu sein.

Bevor Herr Kessel seinen Abschied zu nehmen gedenkt, will er mit Pfarrer Rump die Pistolen wechseln. Er hat ihm zu diesem Zwecke gestern nachmittag im Gebäude des Kriminalgerichts durch zwei Offiziere eine Forderung unter schärfsten Bedingungen überbringen lassen. Pfarrer Rump erklärte zwar den Ueberbringern der Forderung, daß er mit einem Kessel nichts zu tun haben wolle und er hat zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit den Oberstaatsanwalt in Kenntnis gesetzt. Wenn der Oberstaatsanwalt so wenig interessiert an der Pistolenforderung ist, wie das Kriegsgericht an den Meineiden und Urkundenfälschungen, deren Herr Kessel auf das dringendste verdächtig ist, dann wird das „prachtvolle Bild des preußischen Offiziers" seine Angelegenheiten vor der Flucht in der vorgefaßten Weise erledigen können. Und er braucht sich dabei nicht einmal zu wünschen, daß die Rächer, die mit der Verfolgung von Verbrechern beauftragt sind, in den Dornröschenschlaf verfallen. Diese Stellen schlafen in Deutschland schon seit Monaten. Herr Kessel kann also die letzten Tage seines Hierseins noch in voller Freude auskosten. Es wird ihn niemand stören.

Wir wünschen glückliche Reise!

Vor der Entscheidung.

Der letzte Tag im Marloh-Prozeß begann mit dem von uns bereits in der gestrigen Abendausgabe gekennzeichneten, durchsichtigen Trick der Prozeßleitung, durch die überraschende Vernehmung der Intendanturbeamten Bongarts und Hallmann den vernichtenden Eindruck abzuschwächen, den die Enthüllungen der bisherigen Zeugenaussagen über das System Noske-Reinhard gemacht hatten. Nachdem dann noch dem Obersten Reinhard Gelegenheit gegeben worden war, dem Polizeihauptmann v. Kessel, einem, wie er meinte, vorzüglichen Offizier, ein gewaltiges Loblied zu singen, begannen die Plädoyers.

Der Vertreter der sogenannten „Anklage" sah seine Aufgabe in der Verteidigung des Obersten Reinhard und des Hauptmanns von Kessel, sowie in einer Rechtfertigung seiner eigenen Untersuchungsführung. In unerhörter Anmaßung eines allein den Gerichten zustehenden Urteils erklärte er, daß kein Militär- und Zivilgericht jemals einen Schuldspruch über den Obersten Reinhard oder den Hauptmann von Kessel fällen könnte. Pflicht des Anklagevertreters wäre es gewesen, angesichts des erdrückenden Beweismaterials, das die Verhandlungen für den dringenden Verdacht der Schuld jener beiden Kämpen an dem Massenmord ergeben hatte, bei den zuständigen Gerichtsherren die sofortige Verhaftung und die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die beiden zu beantragen. Statt dessen aber spielte er meisterhaft seine Rolle in dem neuen brigadepatriotischen Theater.

Mit den verzwicktesten und unmöglichsten juristischen Konstruktionen brachte er schließlich das überraschende Resultat zustande, daß kein Befehl, sondern nur eine allgemeine Anweisung zum Morden vorläge, obwohl Reinhard und Kessel beide selber ausdrücklich von Befehlen ihrerseits gesprochen hatten. Diesen Befehlen — die also keine sein sollten — habe Marloh aber nicht als Befehle auffassen dürfen, sondern er habe selbständig entscheiden müssen. Dann habe Marloh eine falsche Entscheidung getroffen, indem er die Erschießungen vornehmen ließ, obwohl hierzu kein Anlaß vorlag. Hier sprach der Anklagevertreter also von einer genauen, wenn auch falschen Ueberlegung Marlohs, andererseits aber erklärte er dann, Marloh habe vollkommen kopflos gehandelt; schließlich aber sollte er doch mit Vorbedacht gehandelt haben.

In solch widersprechender Weise mußte der Anklagevertreter arbeiten, um zu seinem Ziel zu gelangen, nämlich eine Strafe beantragen zu können, die durch ihre geringe Höhe die Richter zu einer Verurteilung Marlohs führen soll. Die Verurteilung Marlohs soll Kessel, Reinhard und ihren Schützer Noske vor der eigenen Verurteilung bewahren.

Der Anklagevertreter versuchte zu rechtfertigen, daß er die Anklage nicht auf Mord, sondern nur auf Totschlag erhoben hatte, aber seine Argumentationen waren gekünstelt aber nicht beweiskräftig.

Bezüglich der Urkundenfälschung bat er den Angeklagten förmlich um Verzeihung, daß er es wage, einen Offizier wie Marloh eines so gemeinen Deliktes zu beschuldigen. Dabei verstieg er sich zu dem Satz: „Ich beantrage deshalb nur eine Woche Gefängnis, weil in der heutigen Zeit Urkundenfälschung au chfür die Justiz kaum mehr ein Delikt ist." Und da verlange ndie Herren von der Militärjustiz ernst genommen zu werden!

Der Verteidiger Rechtsanwalt Grünspach wies mit Nachdruck darauf hin, daß der wahre Schuldige an der Tragödie niemand anders als der Reichswehrminister Noske ist, der durch seine blutrünstigen Erlasse jeden einfachen Soldaten zum Richter über Leben und Tod machte. Noske habe bisher ungekannte und unerhörte Begriffe in das „Recht" eingeführt. Sein unsinniger Befehl, „wer mit Waffen in der Hand betroffen wird, wird nach Kriegsrecht behandelt", sei ein Freibrief für die absolute Willkür. Denn keine Justiz verbinde irgendeinen Gedanken mit dem Worte „Kriegsrecht".

Wir können weitergehen und sagen, daß die Gewalt, die Noske im Kampfe gegen die eigenen Volksgenossen verkündete, bisher selbst im Kampfe gegen den sogenannten äußeren Feind, wenn sie einmal dort angewandt wurde, als unerhörte Willkür und jedes Menschenrecht verletzende Tat galt. Das was selbst ein Ludendorff nicht fertig bekommen hat, nämlich einen Befehl, die gefangenen Franzosen oder Engländer zu erschießen, das haben Noske und Reinhard fertig bekommen gegen die eigenen Volksgenossen.

Unruhen in Italien.

N. H. London, 8. Dezember.

„Exchange" meldet aus Rom: In Mantua besetzten 300 Anarchisten (?) den Bahnhof und verhinderten die Abfahrt der Züge. Später haben sie die Gefängnisse gestürmt und die Gefangenen befreit. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung zugezogenen Truppen wurden entwaffnet und die Gewehre und Munition unter den Anarchisten verteilt. Ein Angriff auf das Schloßamt wurde durch das Gewehrfeuer der Truppen vereitelt.

Der Junker Wiederkehr.

Die Offiziere der ehemaligen preußischen Armee tun sich nach ihren früheren Regimentern in Vereinigungen zusammen, die die Tradition pflegen und „auf den Tag" harren. Sie treiben den Kultus der Vergangenheit und betrachten ihre Verbände als die Keimzellen der Gegenrevolution, die die Hohenzollern und mit ihnen die alte Herrlichkeit zurückbringen soll. Sie sind wie der Grenadier in der Heineschen Ballade, der gewappnet auferstehen will, wenn sein Kaiser über das Grab reitet.

Aber es gibt noch andere, ähnliche Organisationen, die sich aus der Vergangenheit in die Gegenwart hinübergerettet haben, um die Stunde vorzubereiten, in der der Revolution und dem, was von ihren Errungenschaften noch übrig geblieben ist, den Todesstoß versetzt werden kann, und zu ihnen gehört die konservative Fraktion des preußischen Herrenhauses.

Das preußische Herrenhaus, dieses Museum vaterländischer Altertümer, ist doch beseitigt? Ganz recht, aber seine konservative Fraktion lebt noch und entfaltet eine außerordentlich rührige Wirksamkeit im Sinne ihrer alten Ideale. Sie vertritt, wie vordem die ganze Erste Kammer, niemanden als sich selbst, aber eben auf diese Ungebundenheit gründet sich ihr Einfluß und ihre Macht.

Im Frühjahr hat sich dieser Grafenklub unter dem Vorsitz des Grafen Behr-Behrenhoff neu konstituiert, und vor ganz kurzer Zeit, am 27. November, hielt er zu Berlin im Hause Kronprinzenufer 6 eine neue Vollversammlung ab, auf deren Tagesordnung folgende Punkte standen:

1. Politische Lage. Ref.: Graf Yorck von Wartenburg;
2. Die Lage im Westen. Ref.: Freiherr von Schorlemer-Lieser;
3. Die Steuergesetzgebung im Reich. Ref.: Fürst Isenburg-Birstein;
4. Künftiges Vorgehen der Fraktion.

Der Punkt 4 war natürlich der interessanteste, denn bei ihm kamen die Ziele zur Sprache, die sich die feudale Geheimorganisation gesteckt hat, und es wurden die Mittel erörtert, deren sie sich zur Erreichung ihrer Zwecke bedient. Wir sind in der angenehmen Lage, einiges von diesen — zum Teil schon verwirklichten — Plänen zu verraten.

Zunächst verfügt der Vorstand über einen beträchtlichen, durch weitere Sammlungen ständig zu vergrößernden Fonds, der in erster Reihe der „Beeinflussung der Presse im monarchischen und konservativen Sinn" dienen soll, und es ist recht interessant, zu erfahren, wem die reaktionäre Sippschaft ihre Gunst in erster Linie zugewendet hat. Niemandem anders als dem würdigen Pfarrer Traub, dem für seine Zeitschrift „Eiserne Blätter" 50 000 M. überwiesen worden sind. Vom freisinnig-nationalliberalen Ethiker zum Kostgänger des alten und befestigten Großgrundbesitzes — das ist ein erhebender Aufstieg.

Andere literarische Unternehmungen haben bisher noch nicht so viel Glück gehabt wie die „Eisernen Blätter". Aber man interessiert sich doch schon für sie: sie dürfen hoffen. So u. a. die „Tradition", ein Wochenblättchen, das seinen Mangel an Geist durch das eifrige Zurschaustellen der besten konservativen Gesinnung wettzumachen sucht, und so eine unter dem Protektorat des aus der Zeit der Vaterlandspartei rühmlichst bekannten Fürsten Salm stehende wild-antisemitische Publikation, „Die Weisen von Zion".

Mit dieser Beeinflussung der Presse ist die Tätigkeit der echtesten aller Preußen indessen noch nicht erschöpft. Das Geld soll auch dienen „zur Stärkung des rechten Flügels der Deutschnationalen Volkspartei". Wohlgemerkt: des rechten Flügels, denn die Deutschnationalen in ihrer Gesamtheit gelten den Herren keineswegs als stubenrein. Da hat sich nach der Revolution Krethi und Plethi zusammengefunden, und viele von den Parteigenossen bieten Vertretern des wahrhaft konservativen Geistes noch nicht die genügende Sicherheit. Für sie sollen die Grafen sich nicht in Unkosten stürzen, und so werden die recht namhaften Beträge der „Abteilung Hergt" überwiesen, und als Gegenleistung und gewissermaßen zur Kontrolle über die richtige Verwendung des Geldes fordert man

die Aufstellung bestimmter Mitglieder der Herrenhausfraktion als Kandidaten bei den nächsten Reichstagswahlen. Es sind das der frühere Oberpräsident der Provinz Sachsen, Graf v. d. Schulenburg, der Freiherr v. Landsberg — eine Konzession an die katholischen Mitglieder — und die beiden holsteinischen Grafen Rantzau und Waldersee.

Als Mittelsperson bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen fungiert der rührige Graf Westarp, der Vorsitzende der früheren konservativen Reichstagsfraktion. Er muß sich im Schweiße seines Angesichts abmühen, um die Deutschnationale „Volks"partei den Wünschen der bezmögenden Grafen geneigt zu machen und Provinzialverbände zu entdecken, die den genannten Vertrauensmännern einen sichern Platz auf ihren Listen anweisen. Zweifellos wird seinem Mühen der Erfolg winken, denn bar Geld lacht, und das „Volk" spielt in dieser Partei ja doch nur eine Statistenrolle.

Mit weiteren Einzelheiten werden wir zu gegebener Zeit dienen. Das Gesagte mag einstweilen genügen, um einen Teil der Wühlarbeit der preußischen Junker ans Licht zu ziehen, und für heute fügen wir anhangsweise nur einen Brief bei, mit dem wir dem Landwirtschaftsminister Braun eine kleine Freude zu bereiten hoffen.

z. Zt. Annaberg bei Godesberg, den 27. 7. 19.

Mein lieber Graf Behr!

Ihre freundlichen Zeilen vom 12. Juli erhielt ich hierher nachgesandt. Ich bedauere unendlich, daß ich zu der Besprechung in Berlin vergeblich gesucht wurde. Leider bin ich am Tage vor der beabsichtigten Abreise nach Berlin zum Deutschnationalen Parteitage von einem plötzlichen Gichtanfall heimgesucht worden, der im weiteren Verlaufe einen Abszeß am Fuße hervorrief, der mich augenblicklich noch zum Liegen nötigt. Der überraschende Niederbruch hat mich nicht dazu kommen lassen, meine Behinderung sofort an Buch zu melden.

Durch Buch werden Sie in den nächsten Tagen meine an den Hauptvorstand gerichtete Erklärung auf den Angriff erhalten, den auf dem Parteitage der Professor Litzmann zu Bonn wegen der Rheinischen Republik gegen mich unternommen hat. Anscheinend ist der Mann in seiner Eitelkeit verletzt dadurch gewesen, daß ich seit Beginn dieses Jahres mit ihm in politischen Fragen keine Verbindung unterhalten habe. Ich hielt dies schon deshalb nicht für notwendig, weil Litzmann außerhalb der Stadt Bonn eine politisch ganz unbekannte Größe ist.

Hoffentlich bleiben Sie in Pommern zur Erntezeit vom Streik verschont. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um den Minister Braun zu stürzen. Bleibt er im Amte, so wird er bald die ganzen Landarbeiter gewerkschaftlich organisiert und für den Generalstreik vorbereitet haben.

Mit bestem Gruß in bekannter freundschaftlicher Gesinnung

Ihr aufrichtig ergebener

gez. Schorlemer.

Wer die Vorgänge der letzten Monate aufmerksam verfolgte, konnte unschwer erkennen, daß nach der Parole des früheren Landwirtschaftsministers v. Schorlemer sehr eifrig gearbeitet wurde.

Litwinoff über die Lage in Rußland.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

In Kopenhagen finden z. Z. Verhandlungen über den Gefangenenaustausch zwischen England und Sowjetrußland statt. Als Vertreter von Sowjetrußland ist Litwinoff zugegen; aus England ist O'Grady gekommen. Außerdem haben sich viele Vertreter der großen englischen und amerikanischen Zeitungen eingefunden, um Litwinoff über die Lage in Rußland zu interviewen. Litwinoff hat nun der gesamten Presse einen längeren Bericht gesandt, aus dem wir hier die wichtigsten Punkte wiedergeben:

Die Gefangenenfrage läßt sich nicht befriedigend lösen, bevor die militärischen Operationen auf russischem Territorium und die Isolierung Sowjetrußlands aufhört. Man gibt im allgemeinen zu, daß es in Europa keinen Frieden geben wird, bevor der Krieg in Rußland aufhört, und man kann hinzufügen: auch in Asien nicht! Zwei Jahre hindurch war es die deutliche Absicht der Entente und der Zentralmächte, Sowjetrußland zum Fall zu bringen. Mutig hat das russische Volk alle Angriffe zurückgewiesen. Koltschaks Vorstoß bis zur Wolga, der seine teilweise Anerkennung auf der Pariser Konferenz herbeiführte, ist erbärmlich gescheitert. Die roten Truppen stehen jetzt fast 200 Werst hinter Koltschaks Hauptstadt und treiben den Rest seiner demoralisierten und desorganisierten Truppen, von denen große Teile täglich zu den Roten übergehen, auseinander.

Die konterrevolutionären Bemühungen erreichten jedoch ihren Höhepunkt, als Denikin Orel nahm und seine Hände nach Tula ausstreckte, und als Judenitsch an die Tore von Petersburg klopfte. Man hielt damals den Fall der Sowjetregierung als bevorstehend. Aber das, was in der Tat damals geschah, überraschte nicht nur unsere Feinde, sondern auch uns. Niemals seit der Oktoberrevolution hat Sowjetrußland einen derartigen spontanen Ausbruch der Begeisterung und des Kampfeswillens unter den Arbeitern, Bauern und vor allem der Mittelklasse erlebt, wie in den letzten Monaten. Städte und Dörfer wetteiferten in der Verteidigung und Freiwillige, die früher desertiert waren, strömten heran und flehten um Wiederaufnahme in die Armee. Auch die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki leisteten der Regierung wirksame Unterstützung. Sie zeigten sich auf denselben Rednertribünen wie die Kommunisten und appellierten an ihre Mitglieder, den Streit mit den Bolschewikus zu vergessen und die Revolution zu verteidigen. Aber eine noch stärkere Hilfe kam aus den Gegenden, die eine Zeitlang von Denekins und Koltschaks Armeen besetzt waren. In diesen Gegenden hatte die Bevölkerung aus eigener Erfahrung eingesehen, wie die Zustände werden würden, wenn die Monarchisten ans Ruder kämen. Fast jeder Mann und jede Frau waren mit Birkenruten gepeitscht worden, die ganze Bevölkerung stellte sich deshalb uns zur Verfügung. Dadurch waren wir imstande, große Truppenteile von der östlichen Front zu ziehen und es der örtlichen Bevölkerung zu überlassen, mit Koltschak abzurechnen.

Die weißen Heere waren mit den neuesten Kriegsmaschinen vorzüglich ausgerüstet, aber die russischen Bauern kämpften mit einer Begeisterung sondergleichen. Koltschak machte Fortschritte, solange sein Heer aus kleinen Offiziersformationen bestand; als aber seine Front so groß wurde, daß er aus anderen Bevölkerungsschichten Truppen herausziehen mußte, gingen die Soldaten zu Hunderten zu uns über. Wir verwendeten sie hauptsächlich als Agitatoren unter der Bevölkerung in Sowjetrußland, damit sie erzählen konnten, wie es unter Koltschaks Regime herging.

Dasselbe Schicksal erlitt Denikin. Auch bei ihm bestanden anfangs ganze Divisionen aus Offizieren. Aber nach und nach änderte sich das Bild, als die Front verlängert wurde. Er hatte bei der Mobilmachung dasselbe Resultat wie Koltschak, auch in seiner Armee trat Demoralisation und Desorganisation ein.

Die Lage ist jetzt folgende: Koltschak kann nur noch mit einer japanischen Armee operieren und als reiner Vertreter von Japan, wenn dieses Land ein solches Abenteuer riskieren will. Denikin zieht sich an der ganzen Front zurück, während die roten Truppen schnell gegen Charkoff vorrücken. Sein Hauptstützpunkt ist fortwährend von Freischärlern bedroht. Sein völliger Zusammenbruch in naher Zukunft ist unvermeidlich. Judenitsch kommt überhaupt nicht mehr in Betracht.

Die Randstaaten und Polen sind kriegsmüde. Die Bevölkerung fordert den Frieden und hat keine Lust, gegen Rußland zu kämpfen, das ihre Autonomie anerkennt.

Rußland wünscht aber trotz der günstigen militärischen Lage vor allem den Frieden. Rußlands Wiedereintritt in die wirtschaftliche Welt ist für beide Parteien gleich notwendig. Eine Sowjetregierung wird keine internationalen Intrigen anzetteln und keine kapitalistischen Bündnisse schließen; sie wird nur auf Rußlands Vorteil acht geben in bezug auf die Fähigkeit der anderen Länder, Rußland mit Maschinen usw. zu versorgen. Was schließlich die Zinsen der französischen Anleihen betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß mit der Fortdauer des Krieges das Land immer mehr verarmt und deshalb die Möglichkeit der Entrichtung der Zinsen immer geringer wird.

Die Zeit zum Friedensschluß ist daher gekommen. Das wird gewiß auch die Entente einsehen, so daß sie wohl einen Entschluß fassen dürfte, der zur Inangriffnahme der Friedensverhandlungen führen könnte. Darauf hofft die gesamte Bevölkerung Rußlands.

Der fürsorgliche Reinhard.

Von einem Leser unseres Blattes wird uns mitgeteilt:

„Ich wurde am 10. März 1919 als Kommunist verhaftet und gegen 5 Uhr nachmittags im alten Zuchthaus in der Lehrter Straße eingeliefert, wo schon einige Hundert Verhaftete zum Abmarsch nach Plötzensee bereitstanden. Diese wurden, wie dies damals häufig passierte, von den Bewachungsmannschaften mißhandelt. Die zuletzt Eingelieferten, darunter auch ich und ein Matrose, wurden in die Nähe einer Gruppe von Offizieren gebracht, die den Mißhandlungen gelassen zuschauten. Ein unter ihnen befindlicher hoher Offizier sagte, auf den besonders arg zugerichteten Matrosen deutend, in verächtlichem, nachlässigem Tonfall: **„Bringt doch den Kerl in eine Ecke, damit ihm niemand was tun kann."** Während der Gefangenenzug abmarschierte und wir in das Zuchthausgebäude geführt wurden, hörten wir aus einem Winkel, wohin man den Matrosen gebracht hatte, Hilfeschreie und sechs bis zehn Schüsse. Der erwähnte hohe Offizier begegnete mir spät ein zweites Mal im Kriminalgericht, wo ich aus den Gesprächen in der Nähe stehender Kriminalbeamter hörte, daß er der bekannte Oberst Reinhard sei. Nachdem ich diesen Offizier auch in dem von einem Berliner Blatt veröffentlichten Bilde als Oberst Reinhard wiedererkannt habe, bin ich meiner Sache ganz sicher, daß er es gewesen ist, der den Matrosen in und um die Ecke bringen ließ."

Der hier angeführte Fall ist nicht der einzige seiner Art. Das Moabiter Zuchthaus war zur Zeit der Märzunruhen, als die Reinhardtruppen dort die „Sicherung" übernommen hatten, zu einer Schreckenskammer geworden. Es sind dort eine ganze Anzahl Personen ermordet worden. Herr Reinhard, der „Retter Berlins", wird sich auf all diese Dinge heute natürlich nicht mehr besinnen können. Das Erinnerungsvermögen ist nicht bei allen Leuten gleich stark ausgeprägt, zumal wenn es sich um die Mitschuld an einem Verbrechen handelt.

Dennoch wollen wir vor aller Oeffentlichkeit die Frage aufwerfen: Warum ist dieser Mord geschehen, Herr Reinhard? Etwa auch nur deshalb, weil im Gefängnis kein Platz mehr vorhanden war?

Ein vortrefflicher Propagandachef.

Zum Chef der Propaganda für innere und äußere Politik mit dem Sitze im Ministerium des Auswärtigen ist der Geheimrat Driesen ernannt worden, der früher als Pressechef der Waffenstillstandskommission tätig war. Driesen ist ein Vertrauensmann Erzbergers, der auf diese Weise also seine Finger auch in die Propaganda steckt. Interessanter aber noch als seine gegenwärtige Verknüpfung mit dem Finanzminister ist die Stellung, die der neue Propagandachef in einer nicht allzu fernen Vergangenheit zur deutschen Politik eingenommen hat.

Im Jahre 1918 veröffentlichte Driesen ein Buch mit dem Titel: „Das deutsche Volk und seine Fürsten; eine Antwort auf die Verständnislosigkeiten des Auslandes." Aus seinem Inhalt zitiert Harden in der letzten Nummer der „Zukunft" einige bemerkenswerte Sätze:

„Welches auch die künftige politische Entwicklung des Deutschen Reiches im Innern sein möge: das wird nie und nimmer auch uns im geringsten berühren das uralte auf unerschütterlicher Gemütsgrundlage beruhende Vertrauensverhältnis zwischen dem deutschen Volk und seinen Fürsten. Auch als klar zutage trat, daß, wie für den Ausbruch des Krieges, auch für dessen Verlängerung unserm Kaiser keine Schuld trifft, ist die Entente ihrem Verleumdungsfeldzug treu geblieben. Sie hat der genialen Kriegführung Hindenburgs und Ludendorffs nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. . . . Ewig wahr ist das Wort Kaiser Wilhelms, das dem Deutschland des 20. Jahrhunderts die wirtschaftlichen Wege gewiesen hat: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser."

Man sieht, Herr Driesen eignet sich zum Propagandachef der Deutschen Republik wie kein zweiter. Er wird im Inland und Ausland die herzlichen und unzerstörbaren Beziehungen hervorheben, die das deutsche Volk mit seinen Fürsten verbinden und er wird an der Hand der bevorstehenden Aktenveröffentlichung die absolute Unschuld Wilhelms II. dartun. Oder sollte er entschlossen sein, heute, nachdem sich die Umstände ein wenig geändert haben, das Gegenteil von dem zu verstehen, was er vor Jahresfrist für unumstößliche Wahrheit hielt?

Hörsings neue Versorgung.

Herr Hörsing, der kleine Noske, hat sich in Schlesien unmöglich gemacht; durch seine Politik ist es dahin gekommen, daß der Verlust Oberschlesiens in gefahrdrohende Nähe gerückt wurde. Man hätte nun erwarten können, daß dieser Mann endgültig aus der öffentlichen Betätigung verschwindet. Aber die Regierung scheint ihre Aufgabe darin zu erblicken, ihre eigene Unfähigkeit zu ergänzen durch die Unfähigkeit der von ihr abhängigen Personen. Wie berichtet wird, soll Herr Hörsing zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt werden.

Wenn diese Ernennung zur Tatsache werden sollte, so würde sie eine unerhörte Herausforderung bedeuten. In der Provinz Sachsen haben die Arbeiter unzählige Male gezeigt, daß sie das allerschärfste Mißtrauen gegen die Regierung haben und daß sie entschlossen sind, die Forderungen des Proletariats durchzukämpfen. Wir erinnern an Bitterfeld, an Halle, an das mitteldeutsche Braunkohlen- und Kaligebiet. Den sächsischen Arbeitern soll nur Herr Hörsing vorgesetzt werden, anscheinend erachtet gerade ihn die Regierung als das beste Werkzeug für die Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Pläne. Nachdem Hörsing in Oberschlesien alles verdorben hat, wird ihm nunmehr die Provinz Sachsen als Tätigkeitsfeld überwiesen.

Abgesehen davon, daß Sachsen kein Oberschlesien ist, zeigt die Abschiebung des Hörsing in ein Gebiet, in dem die Arbeiterschaft ihn nur als ihren Feind empfangen kann, was das Gerede von der Demokratie in Deutschland für einen Wert hat.

„Kompromittiert."

Unter der Ueberschrift „Spaltung in der K. P. D. und Einigung mit der U. S. P." schreibt die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" in Hamburg:

„Der U. S. P.-Tag in Leipzig verdankt dem Dr. Levi aus der Zentrale eine Sensation. Unter tumultarischer Unruhe wurde am ersten Verhandlungstage, bevor man in die Tagesordnung eingetreten war, von dem rechten Parteiflügel dagegen Einspruch erhoben, daß einzelne U. S. P.-Mitglieder des linken Flügels mit dem Vorsitzenden der Zentrale der K. P. D. Verhandlungen gepflogen haben.

Nach den Ausführungen Stöckers ist Levi an ihn herangetreten und hat ihm den Beschluß der Zentrale der K. P. D. mitgeteilt, „für die U. S. P. in der dritten Internationale einen Platz freizuhalten, wenn diese zum Anschlusse sich entschließe." Geyer und Dißmann u. a. verteidigen ihre Haltung, andere Delegierte wenden sich dagegen, daß der Parteivorstand nicht sofort von diesen Verhandlungen in Kenntnis gesetzt sei. Cohn verwirft selbst unverbindliche Verhandlungen mit einer Partei, die die U. S. P. aufs schärfste bekämpft.

Die Spaltung der K. P. D. und Anschluß an den linken Flügel der U. S. P. — das ist die Losung der Zentrale.

Einberufung eines Sammlungsparteitages der K. P. D., wo Dr. Levi sich über seine Verhandlungen mit der U. S. P. zu verantworten haben wird — das allein kann die Parole der gesamten K. P. D. sein."

Armer Levi!

Die Forderungen der Entente an Deutschland.

H.N. Paris, 8. Dezember.

Die Note an Deutschland ist noch nicht nach Berlin abgeschickt worden. Wahrscheinlich wird Dutasta am Montag abend Herrn von Lersner die Note persönlich überreichen. Die alliierten Regierungen verlangen von Deutschland die formelle Bereitserklärung, das Protokoll zu unterschreiben und technische Sachverständige zur Ausführung des Abkommens festzustellen. „Petit Journal" sagt, die Maßnahmen, mit welchen Deutschland im Falle einer Weigerung bedroht wird, werden schwere Folgen mit sich bringen. Es wird sich nicht um die Besetzung irgend einer Stadt oder eines beschränkten Gebietes handeln, sondern um einen Abbruch des Waffenstillstandes, nachdem dieser drei Tage vorher gekündigt wurde. Die Folge hiervon würde die Rückkehr des Kriegszustandes sein und die automatische Einführung der Blockade.

Bezüglich der Ueberreichung der Ententenote an Deutschland liegen im Haag zwei sich widersprechende halbamtliche Meldungen vor. Reuter meldet aus Paris, die definitive Note würde Deutschland heute überreicht und stelle der deutschen Regierung die Forderung, das Protokoll zu unterzeichnen. Sonst würden die Alliierten gezwungen sein, zu militärischen Maßnahmen ihre Zuflucht zu nehmen. Der Text der Note sei einstimmig angenommen worden. — Eine drahtlose Meldung aus Paris besagt, daß die Note am heutigen Tage noch nicht überreicht werden soll.

Foch für militärische Maßnahmen gegen Deutschland.

H. N. London, 8. Dezember.

„Telegraaf" erfährt aus Paris: Foch gab als seine Ansicht bekannt, daß militärische Zwangsmittel gegen Deutschland verwendet werden müssen, nicht nur um die Unterschrift des Protokolls zu erzwingen, damit das Abkommen in Wirkung treten kann, sondern auch, um auf die Dauer nach Eintritt des Friedenszustandes, die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen ergänzen zu können. Daher hat er den Vorschlag wiederholt, den interalliierten Kriegsrat in Versailles in anderer Form fortbestehen zu lassen. Der britische Vertreter, Sir Eyre Crowe und der amerikanische Abgeordnete Polk haben angeblich ihr Einverständnis mit dem französischen Standpunkt bekanntgegeben, aber hinzugefügt, das einzige was sie tun könnten, sei, ihren Regierungen den Vorschlag zu unterbreiten.

Verständigung wegen Scapa Flow in Sicht.

Paris, 8. Dezember.

„Chicago Tribune" schreibt, was den Ersatz der versenkten Schiffe von Scapa Flow anbetreffe, so werde es Deutschland in Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten gestattet werden, jährliche kleine Tonnagelieferungen zu leisten, anstatt die ganzen 400 000 Tonnen sofort zu liefern. Der einzige Punkt, in dem der Fünferrat fest bleibe, sei, daß er dem Gerichtshof die Frage der Verantwortlichkeit für die Vernichtung der Flotte von Scapa Flow dem Schiedsgericht im Haag zu überweisen, ablehne.

Die ungarische Konterrevolution.

Von Julius Braunthal, Wien.

Der Oberkommandierende der ungarischen Konterrevolution hat vor einigen Tagen Budapest besetzt und in einer Ansprache Ungarn aufgefordert, sich der Stefanskrone und dem Doppelkreuz zu beugen. Mit dem Einzug Hortys in Budapest ist der Sieg der ungarischen Konterrevolution besiegelt; die Freiheitskämpfer der ungarischen Revolution wurden hingerichtet oder eingekerkert, die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen, das Land unter Belagerungszustand und Standrecht gestellt: unbeschränkt, im Zeichen von Kreuz und Krone, waltet nun die blutdürstige Soldateska, walten die Schergen der Gentry, der ungarischen Junker. Die ungarische Revolution ist vorläufig beendet, das Feld beherrscht nun die Reaktion. Die entrollte Frage der Monarchie reduziert sich lediglich auf die Frage des Trägers der Krone; die Monarchie selbst ist von der Konterrevolution bereits entschieden. Ungarn soll fernerhin eine Domäne der Feudalbetwaren werden, dessen König absolut, wenn er ihren Willen tut.

Die Königswahl aber strotzt voller Schwierigkeiten und Gefahren. Denn das Thrönchen auf tönernen Füßen, das die Gentry zu bieten haben, dürfte einen Sprößling eines in Europa regierenden Hauses kaum reizen. Die Ausrufung eines Habsburgers zum ungarischen König bedeutet aber die schwerste Bedrohung der Freiheit und Ruhe Zentraleuropas und kann zur Quelle opfervollster, blutiger Wirren werden.

Die historischen Grenzen Ungarns hat die Oktoberrevolution vorigen Jahres zerschlagen. Die von den madjarischen Bewaren beherrschten Südslawen einigten sich im jugoslawischen Reiche, die Rumänen Siebenbürgens in Großrumänien, die Slowaken Ungarns riß die Tschechoslowakei an sich und das deutsche Westungarn sprach der St. Germainer Friede Deutschösterreich zu. Das wiedererstandene habsburgische Königtum wird die Wiedervereinigung dieser „Stämme" und Völker und Gebiete in den alten historischen Grenzen erstreben und die Keime neuer Kriege in Mitteleuropa säen.

Habsburgs Macht und Habsburgs Glanz ruhte auf der Zwangsgemeinschaft der Völker in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Befreiung der unterdrückten Völker des Donaureiches konnte nicht anders erfolgen, denn durch die Entthronung dieser Dynastie. Die Neuaufrichtung der Dynastie bedroht auf das schwerste die Freiheit und Unabhängigkeit der von Habsburgs Fesseln entbundenen Völker und versenkt die Funken eines sengenden Brandes in alle Nachbarvölker. Kein Herrscherhaus vermochte solch abgrundtiefen Haß in den Millionen an der Donau siedelnden Völker zu erwecken, als das habsburgische, nirgendwo ist es geächteter als in den Haupt- und Industriestädten der neugebildeten Staaten. Würde Horty den Versuch wagen, in Deutschösterreich einzumarschieren, dann würde sich in flammender Empörung Wien, Prag, Agram, Belgrad erheben und Leichen ohne Zahl säumten seine Wege.

Und diese Gefahr ist nahe an die Tore Wiens gerückt. Die Konterrevolution in Deutschösterreich fühlt sich durch den Einmarsch Hortys in Budapest gestärkt. Der zusammengeballte Klüngel von unzufriedenen Offizieren, reaktionären Studenten und christlichsozialen Bürgern erhebt in Wien frecher denn je sein Haupt, reichlicher als je rollen Schweizer Franken in Wien, die Sprache der monarchistischen Presse, die Presse der Offiziere und der Christlichsozialen ist kühner als je. Hortys Hoffnung baut auf sie. Zur deutschösterreichischen Konterrevolution gesellt sich indes gefahrdrohend die Reaktion in Polen, auf deren konterrevolutionären Intrigen wir bereits aufmerksam gemacht haben.

Polen steht mit den Tschechen in Streit um Ostschlesien und um die slowakischen Komitate Arva und Zips. Den polnischen Imperialisten ist es nicht genehm, daß sich die Tschechoslowakei zwischen sie und Ungarn gelegt hat; sie möchten unmittelbar an Ungarn grenzen. Noch weniger paßt es ihnen, daß das „karpathorussische" Gebiet der Tschechoslowakei zugesprochen werde. Dort könnten die Tschechen ja eine ruthenische Bewegung erzeugen, die auf das benachbarte Ostgalizien Einfluß gewinnen könnte. Und eine solche tschechisch-ruthenische Bewegung könnte den Polen desto gefährlicher werden, wenn sich die Tschechen zugleich mit der Ukraine oder mit einem die Ukraine beherrschenden, Ostgalizien beanspruchenden Rußland in Verbindung setzten.

Daher erstreben die polnischen Imperialisten die Loslösung der karpathorussischen Gebiete von der Tschechoslowakei und ihre Einverleibung im Königreich Ungarn. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Polen und Tschechen ernstlich verschärft. Die polnisch-madjarische Allianz würde die Angriffskraft der Gentry stärken und einen gefahrdrohenden Konflikt zwischen Ungarn und Jugoslawien erzeugen. So ist im östlichen Zentraleuropa ein gewaltiger Brandherd von Kriegen und sozialen Unruhen im Entstehen, dessen Flammen auch nach Deutschland überschlagen würden. Denn der Krieg des monarchistischen Ungarns gegen das republikanische Deutschösterreich würde auch die monarchistische Konterrevolution Deutschlands unerhört kräftigen. Die Habsburger Restauration in Budapest würde die Gefahr der hohenzollerischen Restauration in Berlin zu einer akuten gestalten. Eine Welle monarchistischer Putsche und ein neues Aufflammen des revolutionären Willens des Proletariats würde Deutschland erschüttern und dem blutigsten Bürgerkrieg die Wege bereiten. Und dies alles unter Patronanz Englands und Frankreichs, deren kurzsichtige und verfahrene Politik immer neue Erschütterungen hervorrufen.

So enthüllt der Siegeseinzug Hortys sein gefahrdrohendes Medusenhaupt. Budapest ist zum Zentrum der Konterrevolution Europas, zum Quell der schwersten Wirren im Herzen des Erdteiles, die Bedrohung des kümmerlichen Friedens, geworden. Nicht mehr die Revolution, sondern ihre demokratischen Ergebnisse sind in Gefahr.

*

Ueber die neue Situation in Ungarn wird uns von unserem Sonderkorrespondenten aus Ungarn geschrieben:

Nachdem die tatsächliche Macht durch den Einzug des Horthy in die Hand der Monarchisten überging, waren die darauf einsetzenden politischen Verhandlungen nur reine Komödie, deren Zweck nur der sein konnte, den Konterrevolutionären die Möglichkeit zu verschaffen, als eine legitime Regierung aufzutreten. Und so beginnt mit der neuen Regierung Huszár ein neuer Abschnitt der magyarischen Konterrevolution. Sie wird nicht so stürmisch, aber wenn möglich noch gefährlicher, als die erste, denn sie präsentiert sich als eine Regierung aller Schichten der Bevölkerung, obwohl sie nur eine verkappte Regierung der reaktionären Militärclique ist, deren Hauptaufgabe die Aufrichtung des Königtums und Vorbereitung des Revanchekrieges ist. Es ist tief bedauerlich, wenn auch in Anbetracht des vollständigen Zusammenbruches der magyarischen Arbeiterbewegung auch verständlich, daß die sozialdemokratische Partei durch Entsendung zweier ihrer, wenn auch unbedeutender Mitglieder, des Bergarbeiterführers Karl Payer und des Gewerkschaftsbeamten Franz Miakits, sich dazu hergab, die Veranstalter in den Augen der Entente zu rehabilitieren und verhandlungsfähig zu machen.

Der Kampf der Entente gegen Friedrich war ein Kampf gegen die Habsburger. Nun ist aber der Huszár ein ebenso eingeschworener Knecht der Habsburger, wie Friedrich oder irgendeiner. Vor dem Zusammenbruch 1918 schrieb Huszár ein Buch „Unsere königliche Familie", ein byzantinisches und speichelleckerisches Machwerk ärgster Sorte, das in 20 000 Exemplaren von der damaligen Unterrichtsverwaltung angekauft und unentgeltlich in den Schulen verteilt wurde. Als Huszár durch die Gegenrevolution in das Unterrichtsministerium einzog, war es eine seiner ersten Amtshandlungen, die inzwischen von der Revolution sistierte Verteilung dieses Schandwerkes neu zu verordnen. Außerdem gehörte Huszár zu jenen kriegshetzerischen klerikalen Demagogen, die im Jahre 1914 die serbenfeindlichen Straßendemonstrationen veranstalteten, mit denen der Budapester Straßenpöbel den Krieg forderte und seinen Ausbruch begrüßte. Dieser Knecht der Habsburger wird nun als eine Garantie gegen die Wiederkehr der Habsburger in Amt und Würde eingesetzt, dieser Kriegshetzer wird als ein zu Friedensverhandlungen geeigneter Ministerpräsident nach Versailles berufen. Die ganze Regierung ist monarchisch-klerikal; die Armee in der Hand von Friedrich — dies allein bedeutet schon die monarchische Restauration. Das Ministerium für Handel und Industrie ist mit einem Großkapitalisten (Heinrich), das für Ackerbau mit dem Organisator und Führer des Großgrundbesitzes (Rubinek), das Finanzamt mit dem Vertrauensmann der Großbanken (Baron Korányi) besetzt. Die politisch wichtigen Machtpositionen (Ministerium des Innern, Krieg, Unterricht) haben die monarchistischen Klerikalen inne. So ist die Regierung, sozial betrachtet, eine Interessenvertretung des feudalen Großgrundbesitzes, des Industrie- und Finanzkapitals, aus politischem Standpunkte aber eine Organisation zur Festigung der Herrschaft der Gentry, der Kirche und der zivilen und militärischen Bureaukratie. Krönen soll das Gebäude eben die — Krönung! Bauernschaft und Bürgertum, soweit es nicht klerikal, und die Arbeiterschaft, sind in dem Ministerium durch Leute und Ressorts vertreten, durch die keine Macht ausgeübt werden kann, sie sollen aber durch ihre Anwesenheit für den demokratischen Charakter der neuen Regierung zeugen. In Wirklichkeit verschaffen sie den Monarchisten die Möglichkeit, die Macht noch fester in die Hand zu bekommen und den noch vorhandenen Widerstand der Entente gegen die Monarchie mit den Mitteln der diplomatischen Intrige zu überwinden. Die Monarchie ist in Magyarien auf dem Wege, und wird die Aufrichtung der Monarchie in dem Friedensvertrag nicht ausdrücklich verboten, dann kommt die Restauration, denn von innen heraus kann das vom roten und weißen Terror zermürbte magyarische Volk diesen Kampf nicht führen. Damit aber beginnt eine neue Periode kriegerischer Wirrnisse in Mitteleuropa, denn der König in Budapest bedeutet einen Krieg gegen alle Staaten, die sich — wie man es in Budapest sagt — an der Integrität der Länder des heiligen Stephan versündigt haben.

Der Parteitag ist vorüber!

Wieder ist unsere Partei ein großes Stück vorwärtsgegangen auf dem Wege der revolutionären Entwicklung. Aber die Arbeit des Parteitags besteht in Beschlüssen und Resolutionen, die wohl getragen sind von dem Willen zur Tat. Die Umsetzung des revolutionären Willens in die Tat aber ist Aufgabe und Pflicht jeder Parteigenossin und jedes Parteigenossen.

Wie werden wir Sozialisten der Tat?

Indem wir uns erfüllen mit den Lehren unserer großen Vorkämpfer, mit der sozialistischen Erkenntnis und aus ihr heraus unsere Handlungen, unsere Stellung zur Gegenwart ableiten. Das wichtigste Werkzeug zu dieser Aufklärungsarbeit ist die Presse.

Die „Freiheit"

ist das Blatt des klassenbewußten revolutionären Proletariats. Sie führt den unentwegten Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Neubelebung des Militarismus in Deutschland, gegen die unentschlossene, arbeiterfeindliche Politik der Koalitionsregierung.

Stützt und fördert Euer Blatt!

Zeichnet Anteilscheine der Verlagsgenossenschaft „Freiheit".

Mittwoch ist Zahlabend!

Niemand gehe vom Zahlabend nach Hause, der nicht mindestens einen Anteilschein der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" erworben hat.

Schutz vor den Baltikumern!

Uns wird geschrieben:

Am Freitag voriger Woche hielten im Lager Döberitz unter Vorantragen von schwarz-weiß-roten Fahnen und Absingen der Lieder: Deutschland, über alles! und Heil Dir im Siegerkranz!, ferner in Begleitung ihrer russischen Frauen Baltikumabenteurer ihren Einzug. Das Auftreten dieser Leute erregte bei den im Lager sich aufhaltenden Sicherheitspolizisten und Reichswehrsoldaten berechtigtes Mißvergnügen.

Mehrere Angehörige der Sicherheitspolizei Elberfeld saßen im Lokal „Deutscher Kaiser" in Döberitz und spielten Karten. Plötzlich kamen zirka 20 bis 25 Mann Baltikumler zerlumpt und zerrissen, mit russischen Kokarden an den Mützen, mit Messern und Revolvern versehen, in das Lokal. Sie hänselten zunächst die Reichswehrsoldaten mit den Zurufen: Noskehunde, Noskegardisten, worüber sich ein Feldwebel aufregte. **Der Feldwebel wurde daraufhin auf die Straße gezogen und blutig geschlagen.** Nachdem sie diesen Mann erledigt hatten, kehrten sie wieder zurück in das Lokal und rempelten die Sicherheitspolizisten an. Als sich ein Angehöriger der Sicherheitspolizei diese Anrempelung verbat, zogen einige deutsch-russische Balten ein Messer und gleichzeitig auch einen Revolver. Mehrere Kameraden sprangen hinzu und verhinderten ein Blutvergießen. Man begab sich auf die Straße und verprügelte sich.

Am Sonntag erschienen die Baltikumler mit Eierhandgranaten in der Tasche, wahrscheinlich, um ihrem blutigen Handwerk weiter nachzugehen. Da sie sich einer Uebermacht gegenübersahen, unterblieb ein Kampf. Der Wirt vom „Deutschen Kaiser" in Döberitz hat geäußert, daß, wenn die Sicherheitspolizei Döberitz verläßt, er sein Restaurant schließen muß, da er Angst vor den wilden Gesellen auf dem Baltikum hat.

Die Lehren des Metallarbeiterstreiks.

In 25 Massenversammlungen nahmen gestern abend die Berliner Metallarbeiter Stellung zu dem Kampfe in der Berliner Metallindustrie. Die zweifelhafte Rolle, die die rechtssozialistischen Führer in diesem Kampfe gespielt haben, wurde in das rechte Licht gerückt. Es sollte eben unter allen Umständen die verhaßte Ortsverwaltung der Berliner Metallarbeiter bei den Mitgliedern in Mißkredit gebracht werden, wenn auch dadurch der Streik nicht voll und ganz im Sinne der Arbeiterschaft verlief. Nach reger Aussprache wurden folgende Resolutionen überall fast einstimmig angenommen:

Die Bezirksversammlung spricht nach Entgegennahme des Berichtes über die Lehren des Streiks der Streikleitung und damit der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin, ihr vollstes Vertrauen aus.

Durch diesen Bericht fallen alle von den Gegnern der klassenbewußten Arbeiterschaft ausgestreuten Gerüchte und Verleumdungen in sich zusammen. Die Versammlung verurteilt das Verhalten der Gewerkschaftssaboteure jeder Richtung und stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn der Streik nicht alles das gebracht hat, was die Arbeiterschaft erhoffte, es nur den Vertretern der Arbeiterschaft zuzuschreiben ist, die unserem Kampf die übergroßen Schwierigkeiten bereitet haben.

Die Versammlung stellt sich auf den Boden des auf dem Stuttgarter Verbandstag gefaßten Beschlusses (Aufbau des Rätesystems), der die sofortige Umstellung der bestehenden Berufsorganisationen in Industrieorganisationen fordert, die Hand in Hand mit der Organisation der Arbeiterräte arbeiten, diese in der nachdrücklichsten Weise unterstützen und fördern, mit dem Hauptzweck, die kapitalistische Wirtschaftsweise in die sozialistische umzuleiten. Für die klassenbewußte Arbeiterschaft ergibt sich daraus die konsequente Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft, deren Prinzip nur ein Harmonieverhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ist. Die Versammlung kann nur solchen Führern ihr Vertrauen schenken, die sich voll und ganz auf den Boden dieser Resolution stellen.

Die heute in 25 Mitgliederversammlungen vereinigten Metallarbeiter Groß-Berlins nehmen Kenntnis von der Absicht der Regierung, den Landwirten aufs neue eine Lieferungsprämie auf Kartoffeln und Brot, den wichtigsten Nahrungsmitteln der arbeitenden Klasse, auf Kosten der letzteren zu geben.

Sie protestieren auf das entschiedenste gegen die Absicht, den Haushalt der Arbeiter und Konsumenten aufs neue durch diese, bis zum Jahresschluß zirka eine Milliarde betragende Liebesgabe an die Agrarier zu belasten und verlangen eine entschiedenere Haltung der Regierung gegen die Wünsche der Landwirte.

Der von diesen angestrebte Abbau der Zwangswirtschaft und Gleichstellung der Preise der Inlanderzeugnisse mit den Auslandspreisen auf Kosten der Verbraucher muß unbedingt zum Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft führen.

Die Versammelten verlangen von der Regierung daher Beibehaltung der Zwangswirtschaft, scharfe Erfassung aller im Reiche vorhandenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, gleichmäßige Verteilung und eine Preisfestsetzung derselben, die bei den jetzt gezahlten Löhnen die Ernährung der arbeitenden Klasse sicherstellt.

Sie beauftragen die Organisation alle kommunalen und parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft, alle in dieser Richtung liegenden Maßnahmen und Schritte zu unternehmen und geloben, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu widersetzen.

Eröffnung der französischen Kammer.

Paris, 8. Dezember. (Havas.)

In der heutigen Eröffnungssitzung der neugewählten französischen Kammer verlas der Deputierte Francois namens der elsaß-lothringischen Abgeordneten eine längere Erklärung, in der er auf den feierlichen Protest der Elsaß Lothringer gegen die Abtretung der beiden Provinzen Elsaß und Lothringen in der Nationalversammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies.

Die neuen Wahlen hätten bewiesen, daß Deutschland auf keinen Fall mehr das Recht habe, Gebiete zurückzuverlangen, die es Kraft des Eroberungsrechtes besessen habe. — Die Erklärung schloß mit dem Dank an die französische Nation und die Alliierten für die Befreiung der beiden Provinzen und die gebrachten Opfer.

Ledebour-Prozeß

Vollständige Ausgabe

25 Mark

Ist soeben erschienen!

200000 Dosen

billige Gemüsekonserven

gelangen in ca. 500 Detailgeschäften, welche die Waren der

Hermann Meyer & Co., Aktiengesellschaft

führen, zum Verkauf an den Konsum.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Opernhaus
Klein Idas Blumen
Susannens Geheimnis
Silhouetten
Anfang 7 Uhr:

Schauspielhaus
7 Uhr: Die Journalisten.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Und Pippa tanzt.

Kammerspiele
7 Uhr: Zum 1. Male: Advent

Großes Schauspielhaus
Karlstraße.
7½ U.: Orestie (8 Abtg. I. Ab.)

Direktion Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
M.U.: Schloß Wetterstein
Mittw.: Schloß Wetterstein
Donnerst.: Ein Traumspiel

Komödienhaus
7½ Uhr: „Sie"
Mittwoch: „Sie"
Dstg.: Liselott v. d. Pfalz

Berliner Theater
7.15 Uhr: Bummel-Studenten

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 Uhr: Peer Gynt
(Grüning, Lossen, Servaes, Lind, Loos)
Mittwoch: 7½ U.: Pygmalion.
(Durieux, Grüning, Hartmann, Heinich, Tillmann, Klöpfer, Saltner, Schnell, Gien.)
Donnerstag 7 Uhr:
Sondervorstellung für die hungernden Kinder Wiens:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Olka Grüning, Poldi Müller, Dagny Servaes, Theodor Loos, Eugen Klöpfer, Alexander Ekert, Emil Lind.
Hierauf Konzert und Vorträge
Lily Halgren-Wang, Tilla Durieux, Carl Clewing, Paul Morgan

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½: Cyprienne
(Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, Erich Walter).

Walhalla-Theater Weinbergsweg
7½ Uhr: Am goldenen Horn

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Evchen Humbrecht

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade
Von Ludwig Fulda

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr.
Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Akt.
Vorher: Erstkl. Spezialitäten.
Viktor Litzek in dem Sketch „Erwischt".

Wintergarten.
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Steiner Sänger.
Blüthgen-Konzert
Vorv. 11-1½ u. 4-6 U.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstrasse 12e
Bis einschl. Donnerst.:
Die Apachen
Detektiv-Drama
Hauptrollen:
Max Landa, Reinhold Schünzel, Hansi Weisse
ferner
Das Mysterium von Reyermünde
Schauspiel in 5 Akten
Hauptrolle: Eva Speyer
603 und 833

Proletarisches Theater

des Bundes für proletarische Kultur
Die Veranstaltung am 14. Dezember 1919
Ausverkauft
Wiederholung: Sonntag 21. Dezember. Philharmonie: 4 Uhr
Nur für Arbeiter, Angestellte, ihre Räte und Organisationen
Karten zu 1 Mark im Bureau der Räte-Zeitung, Luisenstraße 28.
Bestellungen auch schriftlich und telephonisch (Norden 4122, 4138)

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die Dame vom Circus

Rose-Theater
7½ Uhr: „Minna v. Barnhelm"

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté-Programm!

Schaubühne Moritzplatz
früher Buggenhagen
Die großen Ringkämpfe um die Meisterschaften
Heute Ringen:
Hölze — Supper
Bierholz — Pietro
Scholz
Entscheidungskampf
Lefhardt — Schmitz
Anfang 7.30 Uhr.

Für Arbeitslose Charlottenburgs
Unentgeltliche Kunstveranstaltung
der „Vaterlandslosen-Gesellen"
Heute, Dienstag, den 9. 12., nachmittags 2 Uhr,
im Volkshause, Rosinenstr. 4.
Musik, Gesang u. Rezitationen.
Der Arbeitslosenrat Charlottenburg

Solange Vorrat reicht
Damen- u. Herren-
Pelzkragen nur 45 M.
Prachtvolle Opossum-Kragen
RoteFuchskragen 110 M.
Leuchtender Kreuzfuchskragen
Große Pelzfutter
für Herren- u. Damen-Mäntel nur 90 M.
Einz. Felle Stck. 12 M.
Pelzwaren-Haus
Rosenthaler Str. 40/41
und Invalidenstraße 1
Ecke Brunnenstraße.

Auf Kredit
Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
sow. einzel. Möbelstücke zu billigsten Preisen.
Kleinste Anzahlung
Bequemste Abzahlg.
Größte Rücksicht
A. Stein
Oranienstraße 1
Hochbahnstation Prinzenstr.

Obstmus
vorzüglicher Brotaufstrich, per Pfd. 1.75
H. Martin, Zionskirchstr. 2.

Zigaretten
türkische, englische, zu Tagespreisen stets am Lager. Zigarettenvertrieb.
W. Sasse, Palisadenstr. 25.

Damenreisepelzmantel, hochelegant, schwarze, schwere Seide, mit echtem finnländischen Rotfuchsfutter und echtem Nerzkragenbesatz, fabelhaft billig. Echter Sealbisamdamenmantel, echt. Maulwurfdamenmantel, echter Sealelektrikdamenmantel, echte Damennerzjacke, dazu passendes Nerzmuff, Damenpelzfutter, Gelegenheitskäufe viel. and. Waren
Wegnerlaßhaus, Potsdamer Str. 43, I.

Stube u. Küche, wenig gebraucht, 1500 Mk., verkauft Huttenstraße 6, im Laden.

Metallankauf
Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platina. Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Eichhofbauer
Volks-Varieté
Warschauer Straße 34/36
Internationaler Boxkampf
Herausforderungskampf
anschließend
Varieté
„Bedienten-Streiche".

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Grösste Rücksicht.
Einzelne Möbel werden bereitwilligst abgegeben.
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr,
Müllerstraße 7, eine Treppe
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Liefere auch nach auswärts

Ueber Tagespreis zahlt
für **Platin, Gold, Silber,**
Platinzähne nicht unter **5 Mark**
Frau **Linke, Blücherstraße 40**
Port. II. 2 Treppen. 8–8 Uhr.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. :: :: Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser.
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Straße 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- und Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen preiswerten Besichtigung in der Brunnenstr. Nr. 7, 6 u. 186, nahe Rosenthaler Platz, bei
Möbel-Lechner Haupteingang Brunnenstr. 7.
Geöffnet von 8–6.

Vor Verkauf von
Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)
anfragen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstr.
Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor)
Moritzpl. 12838

Isolierte Kupferleitungen
und blanke kauft ständig jeden Posten gegen Kasse
Elektromotoren jeder Größe und Spannung.
Bauer, W35, Schöneberger Ufer 33
Lützow 9856.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10–12 und 4–8, Sonntags 10–12

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Zähne mit echtem Friedenskautschuk von 4 Mark an.
Teilzahl. Zahnziehen m. Einspr. fast vollst. schmerzlos. Goldkronen von 30 Mk. an. Zähne ohne Gaumenplatte. Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse. Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55
Hochbahn Bülowstr. Telephon Kurfürst 9764.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. grossen Publikums!
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9–8 Uhr.
Bisher gegen 120 000 Ratsuchende.

Am Freitag, 12. Dezember, 7.15 Uhr:
Zum **450.** Male:
Bummel-Studenten
mit der neuen
Operettenparodie
im Berliner Theater.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimentations-, Strafsachen, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Gesellsch. (gen. Tiefel) 6-7, Mittw. Erfolge! **Alexanderstr. 45.**
Beobacht., Mitw. namh. Juristen. Sonntag 11–12 Vertrauenssachen.

Alte Gebisse bis 1000 Mk.
kauft
Platina-Zähne nicht unter **7,– Mk.,**
Gold, Silber, Platina
Zahle mehr wie Hotel-Aufkäufer
Frau **Knuth,** Zionskirchstraße 54, vorn II

Gold in jeder Form und Menge auch Zähne **kauft**
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstr. 16
am U-Bhf. Friedrichstr.
Platin für hohen Preis!
Alexanderstraße 14a. Charlottenburg, Stuttgarter Platz 8. Tauentzienstraße 6. Schöneberg, Grunewaldstraße 15. Kottbuser Damm 24.
Achtung! Kein Laden!
Geöffnet von 9–6 Uhr.
Silber

Soeben erschienen:
Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der kommunistischen Partei.
Von A. Strathahn.
Preis 1 Mark. Preis 1 Mark.
Aus dem Inhalt:
1. Die politische Lage. 2. Die Unterschiede in dem Tempo der russischen und der deutschen Revolution. 3. Die politischen Aufgaben der kommunistischen Partei. 4. Die Gewerkschaften, die kommunistische Partei und die Zertrümmerung des Kapitalismus. 5. Die Betriebsräte und der Kampf um den Sozialismus. 6. Die Sammlung des Proletariats. 7. Unsere internationalen Pflichten.
Jeder denkende Arbeiter muß diese Schrift lesen, die mit logischer Schärfe und Klarheit die aktuellen Fragen behandelt.
Zu haben:
Süddeutsche Arbeiter-Buchhandlung
Kopstr. 34 (beim alten Postplatz).

Achtung! Straßenhändler!
FREIE WELT
Heft 30
gelangt heute nachmittag zur Ausgabe.
Expedition: Schiffbauerdamm 19.

Botenfrauen
stellt ein:
Spedition **Bartsch,** Tempelhof, Werderstr. 30.
„ **Spickermann,** Pankow, Mühlenstraße 20.
„ **Gerhard,** Karlshorst, Auguste-Viktoria-Str. 55.
„ **Götze,** Treskowstr. 22.
„ **Losch,** Niederschönhausen, Kaiserweg 10
„ **Hackbarth,** Michaelkirchplatz 2

Kupfer
Messing, Quecksilber. Sämtliche Metallabfälle, sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse
kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen
Metallschmelze „Boldes"
WEIDENWEG 72
am Baltenplatz.

Platin! Gold! Silber! Brillanten!
Zahngebisse!
Unmodernen Schmuck!
kauft zu staunend hohen Preisen
Kokoski, Brunnenstr. 178 (Humboldt 14860)

Ed. Schmelze Dir. Verwert.
Metallkontor Berlin SW 68 :: Tel.: Moritzplatz 12838
Höchste Preise über Tageskurs
zahlt für
Platin-
Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmucksach., Blitzableiterspitzen.
Gold-
Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold.
Silber-
Barren, Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel
nur
Metallkontor
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 138
am Halleschen Tor
— Gegründet 1903 —
Tel.: Moritzpl. 12838
Tel.-Adr.: Metallkontor Berlin SW 68.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin!
Zahngebisse,
Zahn bis 75.— Mark
Gold, Silber, Münzen
salpeters. Silber
Quecksilber / Glühstrumpfasche / Stanniolpapier / Tressen
Kupfer / Rotguß / Messing
Zinn / Nickel / Weißmetall
Aluminium / Blei / Zink
höchstzahlend
Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstrasse 31
(Alex. 4243)

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen
Klingeln Dynamodrähte
kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2115.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 18.
Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Kupfer,
Messing, Quecksilber.
Sämtliche Metallabfälle, sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse zu Schmelzpreisen kauft „Metallschmelze Cohn" jetzt nur Bahnhofstr. 2, Ecke Schönebergerstraße (am Anhalter Bahnhof).

Zahngebisse! Platinabfälle, Goldsachen, Silbersach., sämtl. Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat, **Köpenicker Straße 20a** (gegenüber Manteuffelstraße).

Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motore kauft zu den höchsten Preisen Elektrobüro, Lange Str. 27 I, Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Kupferleitungen
elektr. Kronen u. sämtl. Installationsm. kauft Hartelt, Blumenstr. 98. Telefon Königstadt 2…
Elektr. Anlag. werden reell u. schnell ausgef.

Paraffin, Leim, L… ähnliches kauft Drogerie… kölln, Neanderstraße 38.

Briefmarken Münzen
Großmann, … …

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, … erhalten,
kauft sofort gegen Kasse… Preis, System und N…
Hugo Schroeder
Charlottenburg, … Wilh. 4720.

Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl kauft … tend für dringenden Bedarf … äußersten Preisen Fr… Morgenstern, Berlin-… berg, Weichselstraße 1…

Schnellaufbohrer, sowie Schmirgelleinen, … stahl, kauft höchstz… jeden Posten … Moabit, Rostocker Str… Ecke Wittstocker St…

Spiralbohrer neue, aus Schnell- und … zeugstahl, Messing, … auch Leitungsdraht, … **Ritter, Grützmacher…** Gartenhaus part. …

Spiralbohrer a. … kauft Schlosserei Gr… Str. 2, verläng. Rominte…

Spezial-Arzt
Dr. med. Lom…
Geschlechts-, Haut-, F…
Behandl. schnell u. sicher … Berufsstörung. Teilz…
Brunnenstr. 1…
(Nahe Rosenthal. Pl.) … 9–1 u. 4–8 U., Sonnt. …

Facharzt
Dr. Meyenberg
für Geschlechtsleid.
11–1, 5–7
Potsdamer Str. 27a.
Damenzimmer.

Meine Sprechstunden sind … 10–2, 5–8. Sonnt. 10–…
Dr. Elpern,
Spezialarzt für Gesch…
Gr. Frankfurter Str. …
(Strausberger Platz)

Möbel
liefert
gegen bar
und auf
Teilzahlung
zu mäßigen Preisen
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 6…

Reparaturen … Hans Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7

Politische
Couplets
Lieder und Gesamtspiele …
Theaterstücke
Revolutions-…
Künstlerpostkarten
Vereinsabzeichen
Beitragsmarken, …
Fahnen, Plakate …
Fest- und Tanz…
Preisliste …
Rich. Lipinski, L…
Königstr. 12.

Der Matrosenmord vor Gericht.

Die Plaidoyers.

(Fortsetzung aus dem gestrigen Abendblatt.)

Der Vorsitzende ruft nach der Vernehmung des Zeugen Bongarts den Kommandanten der R.S.W. Max Müller auf, damit er sich zu der Aussage Bongarts äußere. Müller erklärt, er habe durch die Aussagen ein ganz anderes Bild von der Verhandlung bekommen und müsse nun seiner Aussage noch einiges hinzufügen. Laut Befehl des Generalkommandos Noske seien die Depots 2, 2a, 4, 5, 7, 13 und 15 der R.S.W. aufgelöst und mit der Neuorganisation der übrigen Depots er, Müller, betraut worden. Folglich habe auch ihm die Entscheidung über eine eventuelle Demobilmachung zugestanden. Er habe von diesem Befehl aber nicht in selbstherrlicher Weise Gebrauch gemacht. Dr. Bongarts könne nicht behaupten, daß die Demobilmachung ohne Einverständnis der Kommandantur erfolgt sei. Er besitze einen Bescheid vom 11. März, den er zwar erst am 12. erhalten habe, wonach bezüglich Abfindung an Löhnung und Bekleidung der aufgelösten Depots der R.S.W. die Intendantur die nötigen Maßnahmen treffen werde.

Zeuge Bongarts erklärt hierzu, daß er dem Zeugen Müller Kenntnis gegeben habe, daß er in wirtschaftlichen Dingen nicht selbständig handeln dürfe.

Zeuge Müller verliest hierzu eine Verfügung des Kommandanten Klawunde, wonach für die Durchführung des Befehls der Kommandeur Müller verantwortlich sei. Die Generalkommandos Lüttwitz und Noske wären mit ihm der gleichen Meinung gewesen, daß die Mannschaften der aufgelösten V. M. D.

unter allen Umständen aus Berlin heraus

müßten. Er hätte aber zu diesem Zweck den Leuten Geld geben müssen, sonst hätte er sie aus Berlin nicht herausbekommen. Und dazu hätte er eben den Löhnungsappell angesetzt.

R.-A. Grünspach: Wie erklärt es sich, **daß auf der einen Seite das Generalkommando Noske die Leute hat abschieben wollen und auf der anderen Seite die Löhne gesperrt wurden?**

Zeuge Bongarts: Der Zeuge Müller hat eigenmächtig gehandelt. Wir hatten selbstverständlich auch Interesse daran, den Leuten Geld zu geben, um sie aus Berlin zu entfernen. Zu diesem Zweck standen uns aber fiskalische Gelder nicht zur Verfügung. Wir haben sogar **private Mittel dazu flüssig gemacht.** Es bestand aber keine Notwendigkeit für einen Löhnungsappell hinter dem Rücken der Behörden.

Zeuge Müller: Ich habe den Befehl gegeben, daß die Zahlmeister löhnen sollten, soweit Geld vorhanden war. Wenn mir hier Fahrlässigkeit vorgeworfen wird, dann muß ich doch die Frage stellen, warum die Brigade Reinhard nur den Appell der V. M. D. und nicht auch den Appell des Depots 2 usw. der R. S. W. aufgehoben hat? — Vors.: Das beruht auf einem Brigadebefehl der Brigade Reinhard, veranlaßt durch eine Anweisung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die von Hauptmann Schwabacher unterzeichnet war.

Auf Befragen des R.-A. Grünspach erklärt Zeuge Dr. Bongarts, daß die Absicht bestanden habe, den mit zehntägiger Kündigung eingestellten Matrosen die Löhnung bis zum Tage der Entlassung zu zahlen, unter Bedingung, daß die Betreffenden sich nicht an dem Kampf gegen die Regierung beteiligt und alle Waffen und Ausrüstungsstücke abgeliefert hatten. — R.-A. Grünspach stellt hierzu fest,

daß man also unbedingt mit weiteren Zusammenkünften der V. M. D. rechnen mußte,

da man ihnen das Geld doch nicht ins Haus bringen konnte. Man hätte also an die Kommandostellen die Mitteilung machen müssen, daß hierzu Vorsorge getroffen wurde.

Der Intendantursekretär Hollmann bekundet, daß die beiden Zahlmeister der V. M. D. Leute waren, die sich bemühten, Ordnung in die Kassengeschäfte zu bringen. Er habe wiederholt selbst beobachtet, daß Mannschaften der R. S. W. und der V. M. D. mit vorgehaltenen Gewehren und Handgranaten die Zahlmeister zwangen, Geld auszuzahlen. — Vors.: Ist Ihnen bekannt, ob durch die Kassen der V. M. D. russische Gelder gegangen sind? — Zeuge: Ein Reichsamtsbeamter teilte mir mit, daß die Kassen der V. M. D. Geld aus Rußland erhalten hätten. Der Zeuge schildert dann, wie er versucht habe, im Kassenbureau der V. M. D. die noch vorhandenen Kassenbestände, Papiere usw. zu beschlagnahmen, daß er aber von Angehörigen der Brigade Reinhard den Bescheid erhalten habe, daß die Beschlagnahme durch sie selbst erfolgt sei.

Wie verleumdet wurde.

Der Vorsitzende stellt darauf fest, daß der Kriminalbeamte, von dem der Zeuge Hollmann sprach, kein anderer war als Kriminalwachtmeister Kirschbaum von der Kesselschen Spitzelabteilung. Kirschbaum wird vorgerufen und überführt, daß seine Erzählungen von den „russischen Geldern" der Zahlmeister vollständig eigenes Fabrikat waren. Er selber weiß von nichts mehr.

Darauf tritt Oberst Reinhard noch einmal als Zeuge auf.

Vors.: Herr Oberst Reinhard, ist es richtig, daß eine gewisse Gehässigkeit bei den Truppen gegen die V. M. D. bestanden hat? — Oberst Reinhard: Ich hatte mit meiner kleinen Truppe einen Teil der Stadt ungefähr bis zur Friedrichstadt zu sichern. Außerdem hatte ich noch eine Wache im Auswärtigen Amt. Als vom Generalkommando Lüttwitz der Befehl kam, den Appell in der Französischen Straße zu verhindern, gab ich der Abteilung Kessel den Befehl, die Angelegenheit zu übernehmen. Kessels Abteilung war

in enger Fühlung mit der Staatsanwaltschaft

hauptsächlich gegen das Verbrechertum aufgestellt worden. Die Abteilung unterstand mir lediglich dem Namen nach. Da ich meine Leute nach der Französischen Straße nicht ohne bestimmte Befehle schicken konnte, beauftragte ich die Abteilung Kessel mit den nötigen Ermittelungen. Ich glaubte damals nicht, daß viele Matrosen sich zusammenfinden würden. Hätte ich gewußt, daß ein Appell stattfinden sollte, so hätte ich die vorgesetzten Dienststellen gebeten, diesen Appell zu untersagen. Am 4. März hatten mich Truppen des Herrn Müller in der Hannoverschen Straße angegriffen. Infolge der Verquickung dieser Umstände konnte ich meinen Leuten doch nicht sagen: „Laßt Euch zunächst angreifen und wer dann noch lebt, den schießt nieder." Das hätte kein Soldat der Welt verstanden.

Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus.

Es sind hier ehrenrührige Angriffe gegen Hauptmann v. Kessel geführt worden. Es kann nicht meine Sache sein zu entscheiden, ob er tatsächlich Uebergriffe begangen hat oder nicht. Als alter Vorgesetzter des Hauptmann v. Kessel aus dem Feldzuge muß ich jedoch sagen, daß ich ihn als einen tapferen, zuverlässigen und hervorragend tüchtigen Offizier kennen gelernt habe. Er hat mich und die Regierung in den Märztagen außerordentlich unterstützt. Ich erinnere nur an die von ihm durchgeführte Aufhebung des Roten Soldatenbundes, bei der es ohne irgend einen Verlust abging. Ich muß auch noch auf etwas hinweisen, das für die hochanständige Gesinnung (??) dieses Mannes spricht. Bei seinen bisherigen Aussagen geht er stets über die Personen, welche die Flucht Marlohs veranlaßt haben sollen, mit Stillschweigen hinweg. R.-A. Grünspach: Kann Herr Oberst Reinhard die von Hauptmann von Kessel nicht genannten

hochstehenden Persönlichkeiten

bezeichnen? Oberst Reinhard: Ich habe hier den Hauptmann von Kessel nach den Namen gefragt. Er hat mir darauf geantwortet, er könne auch mir das nicht sagen.

Zu dieser Erklärung des Oberst Reinhard nimmt General von Oertzen das Wort. Mir ist es klar, daß Hauptmann von Kessel unter den genannten hochstehenden Persönlichkeiten nicht den Obersten Reinhard, sondern den Reichswehrminister Noske meint. Vors.: Herr Hauptmann von Kessel, wer sind denn die Persönlichkeiten, die die Flucht Marlohs veranlaßt haben? Hauptmann v. Kessel: Darüber kann ich nichts sagen. Kriegsgerichtsrat Meyer: War es der Reichswehrminister? Hauptmann von Kessel: Mit dem Wort „Hochstehende Persönlichkeiten" sind hier Uebertreibungen gebraucht worden. Ich bin der Ansicht, daß Noske und Ebert damals etwas Wichtigeres zu tun hatten, als sich mit der Flucht Marlohs zu befassen. R.-A. Grünspach: Dann nennen Sie doch die anderen Namen. Hauptmann von Kessel: Ich habe hier schon erklärt, daß ich darüber nicht sprechen will. R.-A. Grünspach: Sie müssen aber darüber aussagen. Vors.: Ich bin der Ansicht, daß Hauptmann von Kessel über Fragen, die ihn belasten, als Zeuge nicht auszusagen braucht.

Hiermit tritt nun endgültig Schluß der Beweisaufnahme ein.

Das Plädoyer des Anklagevertreters.

Der Verhandlungsleiter erteilt nunmehr dem Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Meyer, das Wort. Dieser führt aus:

Es ist ein überaus trauriger Vorfall, der sich am 11. März in der Französischen Straße abgespielt hat. Vor Jahren wäre so etwas in Deutschland nicht möglich gewesen. Dazu bedurfte es erst die Zermürbung dieses schrecklichen Krieges. Ich muß noch einmal die Vorgänge vor dem 11. März zusammenfassen. Ich muß Sie, meine Herren Richter, bitten, das politische von dem persönlichen Moment zu trennen. Bevor Sie wußten, daß Sie als Richter über Oberleutnant Marloh berufen wurden, haben Sie sicher mit Kameraden über die Vorgänge gesprochen und sich eine bestimmte Ansicht gebildet. Vergessen Sie, was vor der Verhandlung durch einen Teil der Presse veröffentlicht worden ist.

Die Tatsachen in der Presse waren nicht falsch,

sie entsprachen im wesentlichen den Feststellungen, die ich als Untersuchungsführer ermittelt habe. Sie waren jedoch aus dem Zusammenhang herausgerissen. Bauen Sie deshalb Ihr Urteil auf eigene Ueberzeugung auf, blicken Sie nicht zurück und auch nicht in die Zukunft. Welches Urteil Sie auch immer fällen werden, Sie werden einen großen Teil der Oeffentlichkeit mit Unzufriedenheit erfüllen. Der Richter muß über den Parteien stehen, und er wird deshalb Angriffen von Außen ausgesetzt sein.

Kriegsgerichtsrat Meyer schildert dann noch einmal die bekannten Vorgänge. Er legt klar, daß die V. M. D. trotz des voraufgegangenen Auflösungsbefehles und des Noske-Erlasses sich gesammelt habe, und er schildert, wie Oberleutnant Marloh seinen Feldzugsplan für den 11. März festsetzte. Er lockte durch eine List die Angehörigen der V. M. D. in das Kassenbureau, wo sie dann verhaftet wurden. Er hat am Abend vorher seine Leute nochmal instruiert, daß jeder, der mit der Waffe in der Hand betroffen werde, erschossen werden sollte. Dieser Befehl löste angesichts der damaligen falschen Meldungen über den angeblichen Beamtenmord in Lichtenberg bei den Mannschaften eine gewisse Befriedigung aus. Der Angeklagte erhielt die Mitteilung, daß das Eintreffen der Verstärkung noch bis Mittag auf sich warten lassen würde. Dann kam Leutnant Schröter und brachte ihm — ich möchte das Wort Befehl vermeiden — eine Anweisung des Inhalts, daß Oberst Reinhard offensichtlich sehr ungehalten darüber sei, daß Marloh gegen die gefangenen Matrosen nicht genügend scharf verfahre. Leutnant Schröter gebrauchte dann auch die Worte Schlappheit und Weichheit und wies auf den Befehl Noskes vom 3. März hin. Marloh antwortete, er müsse dann also durchgreifen und hielt daraufhin eine Musterung ab, um die Matrosen einzuschüchtern. Er bestimmte alle Personen, die ihm durch gute Anzüge, Schmucksachen, intelligentes Aussehen auffielen oder auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Marine für einen besonderen Raum. Während dieser Musterung erschien Leutnant Wehmeyer mit folgenden Befehl: „Oberst Reinhard ist sehr wütend auf dich, weil du nicht energisch genug gegen die dreihundert Matrosen vorgehst. Du sollst energisch von der Waffe Gebrauch machen und erschießen, was du erschießen kannst, und wenn dabei 150 Mann liegen bleiben." Marloh erwiderte darauf kreidebleich: „150 Mann erschießen, du bist wohl verrückt? Ich weiß allein, was ich zu tun habe." Dann setzte der Angeklagte die Musterung fort und Wehmeyer ging weg. Dann kam Hauptmann Gentner, der den Angeklagten fragte, was los sei. Im Laufe des nun folgenden Gesprächs betonte Marloh mehrfach: „Ich habe neue bindende Befehle, ich habe den Auftrag, die Leute festzunehmen, die Waffen bei sich tragen." Auf Veranlassung des Hauptmann Gentner erklärte sich dann der Angeklagte bereit, die Leute, die der früheren Reichsbankbesatzung angehörten, herauszusuchen. Gentner ging dann weg und Marloh ordnete die Erschießung an, obwohl inzwischen die Verstärkung eingetroffen war. Die Ausführung des Befehls übertrug er dem Leutnant Penther. In einer Ecke des Hofes wurden die Leute dann erschossen. Es wurde zuerst eine Salve abgegeben, dann erfolgte Schnellfeuer. Die Schilderung der Einzelheiten möchte ich mir ersparen, sie ist für die Urteilsfindung unerheblich. Kurz vor der Erschießung war der Kommandant Klawunde zu Marloh gekommen. Er erhielt auf die Frage, was los sei, von Marloh die Antwort:

„Hier herrscht Standrecht!"

Um den Sachverhalt zu ergänzen müssen wir uns die Frage beantworten: „Ist die Erschießung der 29 Matrosen objektiv gesetzlich gewesen, oder nicht?"

Ich bin der Ueberzeugung, daß die Erschießung ungesetzlich war.

Die Untersuchung hat keinen Anhalt dafür gegeben, daß diese Leute die Regierung bekämpft hatten. Es ist ferner auffällig, daß mit wenigen Ausnahmen, nur solche Leute unter den Erschossenen sich befanden, die nach Art ihrer Verwendung als

---

54)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Diese Details erfuhr Jimmie von einem der Umstehenden, und nun sah vor sich, worüber er in den Zeitungen gelesen hatte: das neue Volksheer, das ausziehen wird, um für die Welt die Demokratie zu retten! Derartige Worte hatten Jimmie ein bloßer Schwindel gedeucht, ein Fallstrick für Tölpel. Hier jedoch schauten seine Augen ein Wunder: Ashton Chalmers, des Bankdirektors Sohn, befolgte die Befehle eines Schmiedegehilfen, ließ sich von ihm beschimpfen, gehorchte demütig, wenn dieser mit der Stimme eines Marktschreiers brüllte: „Schultert das Gewehr! Schultert . . . Ihr Trottel! Ihr Trottel!"

Dann weiteten sich die Reihen, die Männer schwenkten heftig die schweren Gewehre nach allen Richtungen. „Ueber den Kopf und zurück, vorwärts, eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, — acht, sieben, sechs, fünf, vier, drei, zwei, eins!" Es war keine Kleinigkeit, die schwere Last im Takt zu schwingen, der arme, kleine Casey kam nicht nach, vermochte immer bloß den halben Schwung auszuführen. Er schaute sich um, grinste dumm und versuchte es von neuem. Aller Gesichter waren starr, alle keuchten und glühten dunkelrot, als drohe ihnen ein Schlaganfall.

„Rechts um!" — schrie der tyrannische Schmied. „Vorwärts! Eins, zwei! Nicht die Arme spreizen, Chalmers, stoßt von unten das Gewehr! Stoßt vor, hinein mit dem Bajonett! Sticht, sticht!" Kaltes Entsetzen durchrieselte Jimmie. Am Ende der Gewehre befand sich bloß ein kleines schwarzes Loch, doch wußte er wohl, was dort hingehöre, was eines Tages dort stecken werde. Diese Uebung bedeutete, daß diese liebenswürdigen Leesviller Ladenangestellten sich darauf vorbereiteten, eine scharfe, glänzende Scheide in menschliche Eingeweide zu stoßen! „Sticht! Sticht!" brüllte der Schmied, und die Leute schwangen die schweren Gewehre, warfen den Körper zur Seite, sprangen auf einem Fuß vor. Es war entsetzlich! Entsetzlich!

III.

Der Mensch ist ein Herdentier; es ist ein Grundgesetz seines Wesens, daß, wenn eine Gruppe Leute irgendetwas mit Eifer und Energie betreibt, der einzelne, der dies nicht tut, der sich nicht von der allgemein herrschenden Stimmung erfassen läßt, für die anderen zur Zielscheibe des Spottes und Zornes wird, während er im eigenen Herzen Verwirrung und Bestürzung empfindet. Dies trifft sogar dann zu, wenn die Gruppe nichts anders leistet, als sich betrinken; und um wieviel mehr ist dies der Fall, wenn sie sich darauf vorbereitet, die Demokratie zu retten!

Der einzige Ausweg für den einzelnen besteht darin, daß er sich an den Glauben klammert, seine Ueberzeugung sei dennoch die richtige, und dies werde auch eine Tages anerkannt werden, mit anderen Worten, er wendet sich an eine andere Gruppe Menschen, die ihm in der Zukunft Beifall spenden werden. Ist er dieses zukünftigen Beifalls gewiß, so vermag er den gegenwärtigen Spott und Hohn zu ertragen, wie aber, wenn er zu zweifeln beginnt, wenn ihn der Gedanke verfolgt, die Menschen der Zukunft könnten mit denen der Gegenwart einer Meinung sein? Einer Meinung mit diesen Leuten, die hier in Reih und Glied marschieren und Bajonette in Hunnenbäuche stoßen lernen?

Eine der Tatsachen, die diesen ätzenden Zweifel in Jimmies Seele trieb, war der Anblick Emil Forsters. Emil war einer seiner Helden gewesen; Emil, der hundertmal mehr wußte, als er — und der zog jetzt in den Krieg! Das Bataillon marschierte bis zum Rathaus und legte dort die Gewehre ab; als Emil herauskam, trat Jimmie auf ihn zu. Der junge Teppichzeichner war äußerst erfreut und forderte ihn auf, mit ihm zu Mittag zu essen. Da sie zusammen die Straße entlang schritten, fragte Jimmie, was das Ganze zu bedeuten habe, und Emil erwiderte: „Es bedeutet, daß ich einen Entschluß gefaßt habe."

„Sie wollen gegen die Deutschen kämpfen?"

„So seltsam es klingen mag, ich will sie um ihres eigenen Wohles bekämpfen. Bebel schrieb in seinen Memoiren, die einzige Möglichkeit, in einem autokratischen Lande den demokratischen Fortschritt zu erzwingen, sei eine militärische Niederlage. Und ich glaube, Amerika ist vorher bestimmt, Deutschland diese Niederlage beizubringen."

„Ja — — aber — —, Sie haben doch immer das Gegenteil gepredigt."

„Ich weiß, bisweilen komme ich mir deshalb auch recht töricht vor. Doch hat sich alles verändert, und man darf die Augen nicht vor Tatsachen schließen."

Jimmie schwieg wartend.

„Besonders Rußland," beantwortete Emil die unausgesprochene Frage. „Was hat die Verwirklichung des Sozialismus für einen Sinn, wenn man sich dadurch unter die Räder einer Militärmaschine wirft? Das wäre Torheit — dies muß ein jeder einsehen. Was ist Rußland heute für eine Hoffnung geblieben?"

„Die deutschen Sozialisten . . ."

„Scheinen völlig machtlos zu sein; mehr noch, wir müssen nun einmal einsehen, daß sie zum größten Teil keine wahren Revolutionäre sind — bloß Politiker, die nicht gegen den Strom zu schwimmen wagen; was immer auch der Grund sein mag, sie haben weder ihr eigenes Land noch Rußland gerettet. Sie können wahrlich nicht verlangen, daß wir ihnen eine dritte Möglichkeit geben; es käme uns allzu teuer zu stehen."

„Aber," meinte Jimmie, „tun wir nicht gerade das, um dessenwillen wir sie tadeln? Wir werden patriotisch, unterstützen eine kapitalistische Regierung . . ."

„Wenn es sich darum handelt, eine Regierung zu unterstützen," erwiderte Emil, „so besteht ein großer Unterschied darin, wozu sie unsere Unterstützung verwendet. Wir kennen sehr genau die Fehler unserer Regierung, wissen jedoch auch, daß wir all dies ändern können, sobald das Volk hierzu bereit ist, und hierin liegt der Unterschied. Ich habe eingesehen, daß das deutsche Volk, wenn wir den Kaiser schlagen, diesen zum Teufel jagen wird, und dann können wir mit den Deutschen vernünftig verhandeln."

(Fortsetzung folgt.)

Schreiber, Fourtiere, Kammervorsteher und Putzer, gar nun zur einen etwaigen Kampf in Frage kamen. Die Verhandlung hat nicht ergeben, daß die Erschossenen Plünderer waren. Ferner hat die Untersuchung nicht ergeben, daß es sich bei dem Löhnungsappell um eine beabsichtigte Verschwörung handelte.

In mehreren Fällen erschossen auch Leute, obwohl sie gewarnt worden waren. Erst während sich die Matrosen in der Französischen Straße einfanden, fand auch die Besprechung Müllers mit dem Generalkommando Lüttwitz statt. Sie zog sich in die Länge und Haltwes hatte die Absicht, sich vorzeitig nach der Französischen Straße zu begeben, kam aber nicht durch Absperrungen hindurch. Er mußte wieder umkehren und inzwischen fand die Erschießung statt. Wir sehen hier also eine Fülle von Zufällen und Mißverständnissen. Auch die Leute, die Waffen hatten, wie zum Beispiel die beiden Zahlmeister und ein Schreiber, hatten nicht die Absicht einer Verschwörung; sie hatten die Waffen nur mitgenommen, weil sie gewarnt worden waren, sie zu Hause zu lassen. Außerdem waren sie durch Waffenscheine gedeckt. Es ist psychologisch erklärlich, daß die Leute, die sich keiner Schuld bewußt waren, sich ihrer plötzlichen Verhaftung widersetzen. **Es steht fest, daß die Erschießung am 11. März ungesetzlich war.**

Die Personen, die am 11. März erschossen worden sind, sind unschuldig erschossen.

Es sind nun an mich Angehörige der Erschossenen in großer Zahl herangetreten mit der Bitte, sie zu entschädigen. Ich bin nicht in der Lage, dies für die Angehörigen zu tun, und ich bin auch nicht die berufene Stelle hierzu. Aber ich glaube, hier eine Verpflichtung zu erfüllen, daß ich die öffentliche Bitte stelle, diese Leute zu entschädigen. Es ist die moralische und gesetzliche Pflicht des Staates, daß er das Unheil, das in einer kranken Zeit einem Angestellten des Staates zugefügt worden ist, wieder gut macht.

Nun, meine Herren, zur Schuldfrage. Es ist festgestellt worden, daß die am 11. März Erschossenen unschuldig waren. Es erhebt sich die weitere Frage, wer ist dafür verantwortlich? In der Presse sind mehrfach Aeußerungen erschienen, daß, wenn die Erschießung ungesetzlich war, Oberleutnant Marloh der Mörder sei, oder, wenn nicht er, so doch eine höhere Stelle. Könnten die Verhältnisse so einfach werden, daß, wenn eine Tat ungesetzlich ist, der Täter dann auch gleich der Schuldige ist, dann hätten wir Richter es natürlich wesentlich leichter. So einfach liegen die Verhältnisse aber nicht.

Marloh bestreitet, daß er das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt habe. Es erhebt sich also die Frage, **hat Marloh bewußt rechtswidrig gehandelt oder nicht?** Der Angeklagte hat sich auf zwei Weisungen berufen, die ihm vom Leutnant Schröter und Wehmeyer überbracht worden sind. Leutnant Schröter sagt selbst, daß der Auftrag Oberst Reinhards nichts befehlsmäßiges hatte. Durch mehrfache Hilferufe aus der Französischen Straße wird Oberst Reinhard dann erregt und eilt in das Zimmer des Hauptmann v. Kessel. Der Oberst und Hauptmann v. Kessel sprechen über die Lage. Reinhard äußert Bedenken darüber, ob Marloh auch genügend energisch sei. In diesem Gespräch fällt auch die Aeußerung Reinhards:

„Eigentlich müßte man die ganze Gesellschaft an die Wand stellen".

Oberst Reinhard bringt dann zum Ausdruck, daß Hauptmann v. Kessel den Oberleutnant Marloh energisch anhalten möge, entsprechend dem Noskeerlaß über den Waffengebrauch zu handeln. Hauptmann v. Kessel formuliert die Weisungen Oberst Reinhards in einem Befehl und gibt diesen an Leutnant Wehmeyer weiter: „Gehen Sie zu Marloh, und sagen Sie ihm, der Oberst sei wütend, daß er gegen die Kerle zu schlapp vorgeht. Er soll energisch vorgehen, und wenn 150 Mann liegen bleiben. Er solle erschießen, was er kann. Leutnant Wehmeyer hat in ähnlicher Form dem Wortlaut nach diesen Befehl übermittelt. Es entsteht nun die Frage, in welcher Form der Kesselsche Befehl überbracht ist.

Der Staatsanwalt übernimmt die Verteidigung Reinhards.

Ich neige zu der Ansicht, daß Kessel weder einen Befehl an Marloh sandte, noch seine Aeußerungen in befehlende Formen gekleidet hat.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß Oberst Reinhard, soweit es sich um die Weisung an Wehmeyer handelt, sich überhaupt nicht strafbar gemacht hat. Er hat einem anderen Offizier allerdings schroffe Maßregeln erteilt und ihn für energisches Vorgehen verantwortlich gemacht. Weiteres ist in dem Vorgehen Oberst Reinhards nicht zu erblicken. Es wird sich kein Militär- oder Zivilgericht finden, das Oberst Reinhard wegen der Befehlserteilung verurteilen könnte, indem es in dem Befehl des Oberst an Hauptmann v. Kessel einen Befehl zur Erschießung erblicken könnte. Deshalb ist Oberst Reinhard auch nicht unter Anklage gestellt worden.

Hauptmann v. Kessel dürfte in diesem Falle wenigstens keine Schuld treffen. Ich verkenne nicht, daß Hauptmann v. Kessel durch die Vertuschungsmaßnahme sich verdächtig gemacht hat. Er habe ohne Rücksicht auf Redensarten Marloh den Befehl zur Erschießung gegeben. Der Beweis hierfür wird jedoch nicht zu erbringen sein. Das Zeugnis Leutnants Wehmeyers wird nicht genügen, um Hauptmann v. Kessel nachzuweisen, er habe ohne Rücksicht den Befehl zu den Erschießungen erteilt. Es kommt hinzu, daß Kessel ebenso wie Oberst Reinhard von der Auffassung ausging, Marloh sei im Begriff, eine Meuterei unterdrücken zu müssen.

Nun zu Oberleutnant Marloh. Wenn Oberleutnant Marloh den schriftlichen Befehl erhalten hätte, er solle Erschießungen vornehmen, dann würde auf Grund des Paragraphen 47 des Strafgesetzbuches einen anderen die Schuld treffen. Aber der von Leutnant Wehmeyer überbrachte Befehl ließ einen weiten Spielraum. Marloh selbst sollte an Ort und Stelle als Führer entscheiden, ob eine Erschießung nötig sei oder nicht. Wehmeyer hat ausgesagt, daß er, als er die plündernden und gefährlichen Massen bei einander stehen sah, den Eindruck gehabt habe, daß die Situation gefährlich war, und daß vorgegangen werden müsse. Das ist auch meine Ansicht. Der Führer des Unternehmens mußte an Ort und Stelle, gleichgültig, ob er andere Befehle bekam oder nicht, entscheiden, was zu tun war. Bei der Brigade Reinhard glaubte man an eine Meuterei. Leutnant Schröter war überrascht, in der Französischen Straße alles ruhig zu finden.

Kriegsgerichtsrat Meyer legt dann weiter eingehend dar, daß dem Angeklagten Marloh offenbar die Ueberlegung, nicht aber das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe, daß aber dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt werden müßten. Sein Strafantrag lautet:

Wegen Totschlags drei Jahre Gefängnis, wegen unerlaubter Entfernung die Mindeststrafe von drei Monaten und wegen Urkundenfälschung eine Woche Gefängnis, Zusammenziehung dieser Strafen zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis, von der zwei Monate, als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet werden sollen. Außerdem beantragte Kriegsgerichtsrat Meyer Dienstentlassung.

Nach dem Plädoyer des Anklagevertreters trat die Mittagspause ein.

Die Plaidoyers der Verteidiger.

Nach der Mittagspause begannen die Plädoyers der Verteidiger. Zuerst sprach Rechtsanwalt Grünspach:

Eine der fürchterlichsten Tragödien beschäftigt die Richter. Die Tragödie der Disziplin. Neunundzwanzig ahnungslose Männer, die zum Dienst kamen, wurden festgenommen und brachen dann später unter den Kugeln zusammen. Es muß hier geprüft werden, ob gerade der Angeklagte, der jüngste unter all den Offizieren, die mit den Vorgängen in der Französischen Straße zu tun hatten, zu bestrafen ist. Der Herr Anklagevertreter sagte vorhin: „Es ist kein politischer Prozeß." Wir haben uns bemüht, die Politik nach Möglichkeit auszuschalten. Für den Angeklagten gilt das alte Wort: „Ohne Schuld keine Sühne". Es ist hier die Frage zu entscheiden, ob Marloh sich für befugt halten konnte, die Erschießungen vorzunehmen. Nach § 15 des Militärstrafgesetzbuches macht sich der einer strafbaren Handlung schuldig, der Untergebene unter Mißbrauch der Dienstgewalt zu einer strafbaren Handlung verleitet. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Oberleutnant Marloh sich einer Rechtwidrigkeit nicht bewußt war.

Es kamen Leute mit Waffen zu dem Appell.

Noske hätte ein Waffenverbot erlassen und die Kommandantur stellte Waffenscheine aus.

Ein bemerkenswerter Gegensatz. Marloh hat in Wahrheit die Gefangenen nicht erschießen, sondern seinen Vorgesetzten vorführen wollen. Er hat sogar die Tötung unterlassen. Die Voraussetzung, unter der Marloh nach den ihm gewordenen Instruktionen die Mitglieder der V. D. M. ansehen mußte, waren noch schlimmer, als der Noskebefehl. Denn Marloh war eine beginnende Meuterei angekündigt worden. Er hätte sofort von der Waffe Gebrauch machen können, hat sich jedoch zunächst auf die Bitte um Hilfe beschränkt. Bei der Ausmusterung der zu Erschießenden, konnte Marloh im Augenblick des Handelns keine näheren Erkundigungen einziehen oder Leumundszeugnisse verschaffen. Für ihn waren die Mitglieder der V. M. D. Angehörige des tiefsten wirtschaftlichen Standes. Aus dem Besitz von goldenen Uhren und Ringen leitete er deshalb die Verdächtigkeit des Inhabers ab. Der Entschluß zur Tötung kam ihm erst durch den von Leutnant Wehmeyer überbrachten Befehl. Oberst Reinhard wußte nichts von diesem Auftrag und Hauptmann Kessel hat also etwas falsches melden lassen. Der Angeklagte hat die ihm gewordenen Weisungen für einen Befehl gehalten. Er hat dem Leutnant Bogdan und dem Stadtkommandanten Klawunde mitgeteilt, er handele auf Befehl. Marloh wäre strafbar gewesen, wenn er keinen Befehl gehabt hätte. Damit aber fällt die Voraussetzung des § 50 des Militärstrafgesetzes. Es liegt ein von Strafe befreiender Rechtsirrtum vor, wenn er glaubte, einen Befehl erhalten zu haben.

Und man denke daran, daß

der Noskebefehl,

der reichlich unklar war, kämpfenden Truppen in die Hand gegeben wurde, die vier Jahre im Felde verbracht hatten und mitten im Straßenkampf standen. **Aus all den Befehlen, die damals vom Reichswehrminister bis hinab zur Kompagnie gegeben wurden, sprach immer nur Vernichtung und Tod.** Wo aber nur immer von Standrecht, Mord und Tod die Rede ist, da kann man nicht einem Mann einen Vorwurf machen, der inmitten von Aufregung und Gefahr nun plötzlich eine Entscheidung treffen soll, die selbst erfahrenen Juristen Kopfschmerzen machen würde.

Durch eine diabolische Kraft, durch Lüge, Meineid und Urkundenfälschung ist der Angeklagte in diese Lage gekommen. Von Rechts wegen müßte er hier als Zeuge dastehen und ein anderer auf der Anklagebank sitzen. Nach Meinung aller Offiziere handelte es sich in der Französischen Straße um eine meuternde Truppe, die, nachdem sie von Noske aufgelöst worden war, dort zu einer Neuaufstellung zusammenkommen wollte. Daß der Befehl zur Erschießung an Marloh ergangen ist, gehe auch aus der Aeußerung Marlohs hervor: „Marloh kann nichts passieren, ich habe die Erschießung befohlen." Auch Staatsanwalt Zumbroich sagte, daß ihm nichts passieren könne, da er gehört habe, wie seine Vorgesetzten ihm den Befehl erteilt haben. Es wäre anfangs merkwürdig erschienen, daß in dem von Wehmeyer überbrachten Befehl gesagt wurde: „Und wenn Du 150 Mann erschießt." Nach Lage der Dinge komme einem das jetzt nicht mehr merkwürdig vor. Oberst Reinhard glaubte nach den ihm zugegangenen Meldungen, daß es sich im ganzen um 150 Mann handele. Es ist erwiesen, daß Hauptmann v. Kessel den Befehl zur Erschießung aller 150 Gefangenen gegeben habe. Daß er sich schuldig fühle, ging aus seinem ganzen Verhalten hervor. Sein Drängen auf Marlohs Flucht unter der Vorspiegelung, es läge im vaterländischen Interesse, die Beschaffung der Mittel von 5000 Mark und das Versprechen von 150 000 Mark, die Fälschung der Pässe und seine Weisung an Hirschbaum.

Marloh habe sich im großen und ganzen an die Noske-Erlasse gehalten. Das Gericht müsse auf Grund der Aussage Kessels die Befehle interpretieren. Der Befehl lautete:

Erschieße alle. Grund dafür: Kein Raum in den Gefängnissen.

Diesen Befehl hat Marloh nicht ausgeführt. Er hat sich auch, als Hauptmann Gentner zu ihm kam, entschlossen, die ihm als gut bezeichneten Gefangenen zu entlassen. Dieses Unglück, das über 29 Menschen hereingebrochen ist, wäre auch gleichzeitig ein Unglück für einen jungen untadeligen Offizier. Man könne hier nur von einer Tragödie der Disziplin sprechen.

Dieses tragische Moment ließe sich nicht dadurch beseitigen, daß man den Angeklagten verurteile. Aber diese Verhandlung könne beweisen, daß in dem allgemeinen großen Wirrwarr als fester ruhender Pol die Justiz stehe, daß sie nur dann straft, wenn subjektiv ohne allen Zweifel die Schuld erwiesen sei. Da die Schuld in diesem Falle zweifelsohne nicht festgestellt sei, **bitte er um Freisprechung.**

Verteidiger Rechtsanwalt Kikath schloß sich den Ausführungen seines Vorredners insofern an, als die Verteidigung absolut nicht bestrebt sei, die Tat selbst zu verteidigen. Menschliche Empfindungen müßten aber zurücktreten vor der Frage, ob daran der Angeklagte schuldig oder nichtschuldig sei. Es sei überaus schwierig, aus der Summe von Zeugenaussagen ein richtiges Bild von der Lage zu erhalten, man müsse sich dazu in die damalige Zeit zurückversetzen. Am 2. März war der Belagerungszustand verhängt, Teile der V. M. D. hatten gegen Regierungstruppen gekämpft, am 7. wurde die V. M. D. aufgelöst, dann kam der Lichtenberger Mord, Berlin stand in Flammen. Unter diesen Umständen kam am 10. März abends die Meldung an das Generalkommando Lüttwitz, daß am nächsten Tage eine Versammlung der V. M. D. in der Französischen Straße stattfinden sollte. Diese Meldung wurde an Brigade Reinhard weiter gegeben, die Oberleutnant Marloh damit beauftragte, die dort Versammelten zu verhaften. Im Gegensatz zum Anklagevertreter müsse man es doch als ganz zweifelsfrei erwiesen ansehen, daß die Situation für die Abteilung Marloh am 11. März bedrohlich war. Aus einwandfreien Aussagen sei hervorgegangen, daß die Gefahr eines unmittelbaren Angriffs auf die Regierungstruppen bestand.

Der Verteidiger bittet, die Frage des Totschlags zu verneinen. Bezüglich der Anklage wegen unerlaubten Entfernung hätte er erwartet, daß der Anklagevertreter diese hätte fallen lassen. Er hätte ihm eine bessere Menschenkenntnis zugetraut. Auch die Anklage der Urkundenfälschung läßt sich nach Ansicht des Verteidigers nicht aufrechterhalten.

Nach einer kurzen Replik des Anklagevertreters Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer, in der dieser seine Anklage voll aufrecht erhält, ergreift Rechtsanwalt Grünspach das Wort zu einer längeren Duplik, in der er sich in ziemlich erregten Worten über den Antrag des Anklagevertreters äußert und das Gericht nochmals um Freisprechung bittet.

Dann erhebt sich der Angeklagte zu seinem Schlußwort: Ich habe am 11. März meine Pflicht als Soldat getan und tun müssen. Ich bedaure die Menschen, die dieser Tat zum Opfer gefallen sind, nachdem ich gehört habe, daß sie unschuldig sind. Am 2. Juli bin ich nicht eigenmächtig, sondern auf Drängen meiner Vorgesetzten abgefahren. Ich habe keine Urkunde gefälscht.

Darauf verkündet der Vorsitzende, daß die Urteilsverkündung am Dienstag mittag 1 Uhr stattfinden soll.

Forderungen zur Sozialpolitik.

Auf dem Parteitag der U. S. P. in Leipzig wurden folgende Anträge der Genossin Luise Zietz zur Sozialpolitik zum Beschluß erhoben.

Der Kapitalismus, der auf der Ausbeutung der proletarischen Volksmassen beruht, hat in seinem imperialistischen Entwicklungsstadium diese Ausbeutung nach Ausdehnung und Intensität enorm gesteigert; sie ist zur Unerträglichkeit geworden, nachdem, infolge der Zerrüttung der Volkswirtschaft durch den Krieg, die Bourgeoisie bemüht ist, alle bisher von der Arbeiterschaft erkämpften Grenzen der Ausbeutung zu überrennen und alle Folgen ihrer Kriegspolitik auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die ungeheuren finanziellen Verpflichtungen gegen das Ausland, die unerträgliche Schuldenlast in Reich, Staat und Gemeinde, die Entwertung der Mark und damit die Unmöglichkeit, zu entsprechenden Preisen Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Auslande beschaffen zu können, der Mangel an heimischen Rohstoffen infolge der Verpflichtungen gegen das Ausland und die aus all diesen Tatsachen resultierende furchtbare Arbeitslosigkeit, die wahnsinnigen Preissteigerungen und das Sinken des Reallohnes als Folge der dauernden Entwertung der Zahlungsmittel: all das sind Lasten, die das Proletariat zu erdrücken drohen.

Doch damit nicht genug. Um die Weiterexistenz des Kapitalismus zu sichern, die Ausbeutung der Massen zu erhalten und zu steigern, sind die politischen Gewalten unverhüllt in den Dienst der Bourgeoisie zur Niederhaltung der ausgebeuteten Massen gestellt. Der neuerstandene Militarismus mit Reichswehr, Einwohnerwehren, militarisierter Polizei, staatlich organisierten Streikbrechergarden, Belagerungszustand mit Streikverboten, Versammlungssprengungen, Presseverboten, Schutzhaft und Kriegsgerichten lassen den Stand der Dinge klar in Erscheinung treten. Eine Erlösung aus diesem wirtschaftlichen Elend und der politischen Unterdrückung kann der Arbeiterschaft nur kommen durch die Ueberwindung der bürgerlichen Eigentumsordnung, der kapitalistischen Produktionsweise und durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, die sich aufbaut auf den Gemeinbesitz an Produktionsmitteln.

In klarer Erkenntnis dieser Zusammenhänge werden die Kämpfe der Arbeiter um wirtschaftliche Verbesserung und soziale Reformen in steigendem Maße zu revolutionären politischen Kämpfen, die letzten Endes nicht nur die Einschränkung, sondern die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung zum Ziel haben. Damit stellen wir den revolutionären Charakter einer Sozialreform, wie wir sie erstreben, die das Proletariat kampffähiger und damit fähiger machen soll, seine geschichtliche Aufgabe im Befreiungskampfe seiner Klasse erfüllen zu können, bewußt und gewollt einer Sozialreform gegenüber, wie sie von bürgerlicher und rechtssozialistischer Seite erstrebt wird, die dem Kapitalismus einige Giftzähne ausbricht, das Proletariat aussöhnen mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und somit zu ihrer Stütze wird.

Unser Kampf um diese Reform wird im Parlament und außerhalb desselben geführt und damit zu einem Mittel werden, um die Massen zu wecken, zu sammeln und zu schulen, sie fähig zu machen für die großen Entscheidungskämpfe um die Eroberung der politischen Macht und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke der Schaffung der sozialistischen Gesellschaft.

Als Reformen in diesem Sinne erheben wir folgende Mindestforderungen:

1. Sicherung eines freien Vereins-, Versammlungs- und Streikrechts, Beseitigung der staatlich organisierten Streikbrechergarden.
2. Sicherung gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, Einführung des Sechsstundentages für Frauen, Jugendliche und Arbeiter bei besonders gesundheitsschädlichen Arbeitsarten.
3. Gleichen Lohn für gleiche Leistungen für Frauen und Männer.
4. Freigabe des Sonnabendnachmittags für alle Arbeiter.
5. Verbot der Nachtarbeit, insbesondere für Frauen und Jugendliche, und Ausdehnung der als Nacht bezeichneten Zeit.
6. Alljährlich 14 Tage bis vier Wochen Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes für alle Erwachsenen.
7. Verbot der Beschäftigung für Arbeiterinnen bei gesundheitlichen Gisten und gesundheitsschädigenden Arbeitsarten und Arbeitsmethoden.
8. Verbot der Beschäftigung für Arbeiterinnen 8 Wochen vor der Entbindung und 8 Wochen nach dieser.
9. Sinngemäße Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Heimarbeiter, Landarbeiter und Hausangestellte.
10. Ausgestaltung der Fabrikinspektionen durch gewählte Arbeitervertreter beider Geschlechter und Hinzuziehung von Aerzten.
11. Ausbau der sozialen Versicherung und ihre Ausdehnung auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere auf die Hausgewerbetreibenden und Hausangestellten, wobei den Krüppeln der Arbeit und des Krieges eine Rente in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung gewährt werden muß.
12. Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. Gleichstellung der weiblichen und männlichen Arbeitslosen.
13. Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung durch Schaffung kommunaler Arbeitsnachweise auf gewerkschaftlicher Grundlage mit beruflicher Gliederung.

Zur Entlastung der Frau.

1. Durchgreifende Wohnungsreform und Errichtung von Kleinwohnungen durch Staat, Gemeinde und gemeinnützige Genossenschaften zum Selbstkostenpreis, die nicht nur den hygienischen Anforderungen genügen, sondern in denen gleichfalls die Errungenschaften der hauswirtschaftlichen Technik nutzbar gemacht werden: Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Bad, Vorrichtung zur Reinigung, Gas- oder elektrische Beleuchtung und Heizung usw.
2. Errichtung kommunaler Speisehäuser, in denen nahrhafte, abwechslungsreiche Mahlzeiten zum Selbstkostenpreise eingenommen und nach Hause geholt werden können.
3. Errichtung kommunaler Waschhäuser.

Zum Schutze von Mutter und Kind.

Sozialisierung des gesamten Heilwesens.

Bis zu dessen Durchführung.

A. Von der Krankenversicherung:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen und Mädchen sowie auf alle weiblichen Personen, deren Familieneinkommen 8000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für acht Wochen in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes der in Frage kommenden Lohnklasse für Lohnarbeiterinnen.
3. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für alle übrigen weiblichen Versicherten in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes für weibliche Erwerbstätige.
4. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für acht Wochen für alle weiblichen Versicherten in der gleichen Höhe der Schwangerenunterstützung.
5. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden für alle weiblichen Versicherten.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des gesetzlichen Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen. Das Stillgeld ist zu zahlen nach Ablauf der Wöchnerinnenunterstützung.

7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und Sicherung des vollen Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten.

B. Von der Gemeinde:

1. Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen.
2. Organisation der Wöchnerinnenhauspflege.
3. Beschaffung guter keimfreier Milch.
4. Errichtung von Mutterberatungsstellen zur unentgeltlichen Benutzung.
5. Generelle Durchführung der Generalvormundschaft. Dem Berufsvormund sind geschulte Helferinnen bei der Kinderaufsicht zur Seite zu stellen.

C. Vom Staat:

Bis zur Durchführung der Sozialisierung des Heilwesens:

1. Gewäh[illegible] von Zuschüssen an die Krankenkassen und an die Gemeinden, um die Durchführung der genannten Forderungen zu ermöglichen.
2. Bessere Ausbildung und bessere Besoldung der Hebammen.
3. Verteilung von Merkblättern durch die Standesbeamten. Die Merkblätter sollen Anweisungen über die Ernährung und Pflege des Säuglings enthalten.

Zum Schutze für die Jugend.

1. Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für alle Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahr und Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter.
2. Obligatorischer Fortbildungsschulunterricht an den Werktags-Vormittagen für alle Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr; für die weiblichen Jugendlichen ist ein Unterricht in Säuglingsschutz und Hauswirtschaft anzugliedern.
3. Vertretung der Jugendlichen in der Verwaltung der Fortbildungsschulen.
4. Beseitigung der Lehrverträge. Aufhebung des patriarchalischen Verhältnisses für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter beider Geschlechter und Errichtung kommunaler Lehrwerkstätten für Jugendliche beider Geschlechter mit höchstens zweijährigem Lehrgange. Gewährung ausreichender Unterhaltungsgelder während dieser Zeit.
5. Einführung des sechsstündigen Arbeitstages für Jugendliche und Freigabe eines Wochennachmittags für körperliche Übungen.
6. Verbot jeglicher Nacht- und Sonntagsarbeit.
7. Wahl von Jugendvertretern in die Arbeiterausschüsse und Betriebsräte.

Gewerkschaftliches.

Schwere Niederlage von Anhängern der Arbeitsgemeinschaften.

Die am Sonntag in der Bockbrauerei von ungefähr 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung der Berliner Zahlstelle des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen bewies aufs neue, daß sie sich, mit Ausnahme einer verschwindenden Minorität, restlos auf den Boden des reinen Rätesystems stellt. Trotzdem von rechtssozialistischer Seite alles auf die Beine gebracht worden war, fanden die Ausführungen ihrer Redner über Tarifgemeinschaften im Sinne der Arbeitsgemeinschaften und über ihre Auffassungen über das Rätesystem wenig Gegenliebe bei der Versammlung.

Kraus wies ihnen in fast zweistündiger Rede nach, daß man gerade von der Gegenseite recht wenig dazu beigetragen habe, die Arbeiterschaft auf ein höheres Lebensniveau zu bringen. Bei diesen Leuten sind die Schuldigen zu finden, die durch finanzielle Unterstützung zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben; daher sei es notwendig, sich in Zukunft die Mitglieder genauer anzusehen, die man wählt, um sie an die Spitze der Organisation zu stellen.

Krummrei, den man in letzter Zeit durch Pressenotizen im „Vorwärts" und auch im Verbandsorgan verleumdet und als unfähig hingestellt hatte, widerlegte den „Nichtsozialisten" treffend ihre eigenartigen Begriffe über Klassenkampf. Er geißelte die unterwürfige Kampftaktik dieser Kollegenschaft, die die Niederlage der Metallarbeiter für ihre schmutzigen Zwecke ausnützt. Auch die nachfolgenden Redner Wolter, Vanselow, Pohl und Willi Großmann verwiesen auf das Schuldkonto dieser „sozialistischen" Richtung. Großer Jubel durchbrauste den Saal, als der seit zwölf Jahren angestellte Arbeitsnachweiser Reinke erklärte, daß er mit dieser Partei, der er dreißig Jahre angehörte und für sie gearbeitet habe, nun endgültig breche. Eine Partei, die so schamlos sei, einem Schulkompromiß ihre Stimme zu geben, das schon bei Kindern den Klassenunterschied präge, halte er nicht mehr für fähig, Arbeiterinteressen zu vertreten. Dieses Bekenntnis stimmte die revolutionäre Mitgliedschaft um so freudiger, als Reinke einer der ä.lesten Parteigenossen und Mitbegründer des Verbandes war. So wendet sich eine Stütze nach der anderen von dieser scheinsozialistischen Partei ab und schließt sich der klassenbewußten, revolutionären Arbeiterschaft an.

Interessant war noch die Tatsache, daß der Vorsitzende die in Berlin zur gleichen Stunde tagende Gauleiterkonferenz herzlichst begrüßte, die infolge ihrer „wichtigen" Tagesordnung der Einladung der Berliner Ortsverwaltung zum Besuch der Versammlung nicht Folge leisten konnte. Oder war es die Angst, die Gauleiter möchten ein anderes Stimmungsbild mit nach Hause nehmen, als ihnen immer geschildert wurde.

Für die freie Gewerkschaft.

Eine Versammlung des Verbandes des Post- und Telegraphenpersonals (Mitgl. des Transportarbeiterverbandes) am Sonntag gestaltete sich zu einer Kundgebung für die freien Gewerkschaften. Das Referat hatte Schmidt übernommen. Die Fachvereine seien abzulehnen. Zwischen den Beamten und Lohnempfängern sei ein enger Kontakt anzustreben in Form von Kartellierung mit den bestehenden Beamtenverbänden. Nur auf diesem Wege könnten die wirtschaftlichen Interessen aller Berufsgruppen wirksam vertreten werden. Die Betriebsorganisationen seien abzulehnen und zu bekämpfen. In der anschließenden Diskussion wurden die Gewerkschaftsbureaukraten wohl scharf angefaßt, die zentralistischen Gewerkschaften aber als die wahren Kampforganisationen der Arbeiter bezeichnet. Eine Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde gegen 4 Stimmen angenommen.

An dieser Stelle möchten wir es nicht unterlassen, die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Post- und Telegraphenbediensteten aufzufordern, sich etwas genauer mit ihrem Bezirksverbandsvorsitzenden O. Heyn zu befassen, der, wie er selbst eingesteht, als Verbandsvorsitzender zu gleicher Zeit propagandistisch für die Betriebsorganisation tätig ist.

Die Wahlen zum Arbeitsnachweis im Fleischergewerbe.

Die Wahlen endeten mit einem vollen Sieg des Zentralverbandes der Fleischer. Die Liste des Verbandes erhielt 2197 Stimmen, die des gelben Bundes 190 und die der Christen 169. Demnach entfällt nicht einmal ein Ersatzmann auf die anderen Parteien. Der Andrang zu Wahl war ungeheuer, die Einrichtungen des Magistrats für die Wahl vollständig ungenügend, so daß ein beängstigendes Gedränge herrschte, wobei die Wähler 4—5 Stunden aushalten mußten. Im Laufe des Wahlganges wurde es der Wahlkommission klar, daß bei diesem Andrang eine Abwickelung der Massen nicht möglich sei, und es wurde den harrenden Wählern mitgeteilt, daß am nächsten Sonntag weiter gewählt werden soll, trotzdem hielt ein großer Teil noch Stand.

Ein Zwischenfall trat insofern ein, daß der gelbe Führer namens Görges sich unter die im Wahllokal wartenden Wähler mischte und diesen geschlossene Kuverts zuzustecken versuchte. Einige Wähler, denen diese Beeinflussung doch zu bunt war, sorgten für Entfernung dieses gelben Führers und Wahlfälschers aus dem Wahllokal.

Wird die Wahl am kommenden Sonntag fortgesetzt, so erfolgen noch diesbezügliche Publikationen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Obleute aller Betriebe! Verwaltungen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände!

Sozialistisch gesinnte Einwohner Groß-Berlins!

In ernster Stunde wenden wir uns an Euch! Vom **7. bis 15. Dezember** findet eine

außerordentliche

Sammelwoche

für den Unterstützungsfonds zur Unterstützung der Familien der Inhaftierten

statt. Durch die letzten großen wirtschaftlichen Lohnkämpfe verschiedener Gewerkschaften haben wir leider einen großen Ausfall von Einnahmen durch Sammellisten zu verzeichnen. Obwohl einige Großbetriebe und Genossenschaften in geradezu beispielloser Opferfreudigkeit Gelder für die Hinterbliebenen aufbringen (soweit es Ihnen möglich ist), sagen wir Euch rund heraus, **daß unsere Gelder zu Ende gehen, wenn sich nicht alle arbeitenden Proletarier und sozialistischen Einwohner an der Sammlung beteiligen.**

Wir rufen Euch zu: Die Gefahr liegt nahe, daß wir **den Hinterbliebenen nicht mehr helfen können, wenn sich nicht jeder an der Sammlung beteiligt.** Wir wissen, daß Ihr als revolutionäre Arbeiter nicht wollt, daß Eure Genossen in Gefängnissen auch noch den Kummer um die Not der Familie tragen sollen. Auch Ihr wollt, daß die Kämpfer, die hinter Gefängnismauern schmachten, ungebeugt und aufrecht bleiben und deswegen fordern wir Euch auf,

macht rege Propaganda für die Sammelwoche vom 7. bis 15. Dezember.

Helft alle, helft schnell! Sammelt auch Lebensmittel und unterstützt damit die hungernden Gefangenen.

Sammellisten sind erhältlich gegen Ausweis bei Adolf Baer, Manteuffelstraße 73. Alle Geldsendungen erbitten wir ebenfalls an selbige Adresse.

Das Unterstützungskomitee der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Achtung, Holzarbeiter!

Laut Beschluß der Funktionärversammlung am 16. Oktober, die bei Haverland tagte, gehört zu den Aufgaben der dort gewählten Gruppenausschüsse auch die Vorbereitung für die Arbeiterratswahlen. Im Bezirk östliche Vororte wird nun eifrig Propaganda getrieben, anstelle eines ausgeschiedenen S.P.D.-Arbeiterrats eine Nachwahl vorzunehmen. Die S.P.D. soll diese forcieren. Wir möchten die Holzarbeiter darauf hinweisen, daß der zuständige Ausschuß eine solche Nachwahl nicht vorzunehmen beabsichtigt.

Der Ausschuß ist der Meinung, daß wegen der bevorstehenden Neuwahlen solche Nachwahlen nicht mehr vorgenommen werden sollten. Die Anhänger des wirklichen Räteaufbaues tun daher gut, sich die Propagandeure etwas genauer anzusehen, damit sie nicht für unrichtige Zwecke mißbraucht werden. Die in dem benannten Bezirk zutagegetretene Rührigkeit sollten die Holzarbeiter bis zu dem Zeitpunkt aufsparen, an welchem nicht eine Partei, sondern der von den Holzarbeitern dazu eingesetzte Ausschuß zur Wahl von Arbeiterräten auffordert.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin.

Achtung, Stockarbeiter!

Bei der Niederländischen Stockfabrik Oldenzeel (Holland) sind Differenzen ausgebrochen. Vor Zuzug wird gewarnt! Die gesamte Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband,
Sektion der Stockarbeiter.

Abschluß der Lohnbewegung der Fabrikschuhmacher.

Ueber die am 8. d. M. stattgefundenen Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Schuhfabriken, an denen auch der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Wallerstein, teilgenommen hatte, erstatteten Vollmerhaus und Bohm in einer Versammlung der Fabrikschuhmacher am Montag Bericht. Von seiten der Arbeitgeber wurden folgende Zugeständnisse gemacht: Stundenlöhne für neueingestellte, berufsfremde männliche Arbeiter 0,60—1,90 M., weibliche 0,55—1,56, für männliche Hilfsarbeiter 0,97—2,36 M., weibliche 0,80—1,85 M. Für Akkordhilfsarbeiter kommt ein Zuschlag von 20 Prozent hinzu, für Arbeiterinnen ein solcher von 10 Prozent. Facharbeiter und -arbeiterinnen erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent auf den bisherigen Lohn.

Sämtliche Sätze sind als Normallöhne zu betrachten, für besondere Leistungen sollen noch Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeiterausschuß, bzw. zwischen den beiderseitigen Organisationen, besondere Entschädigungen bezahlt werden. Erneut wurde festgelegt, daß Akkordarbeitern, die vorübergehend in Zeitlohn arbeiten, der durchschnittliche Stundenlohn bezahlt wird. Die neuen Löhne werden ab 1. November gezahlt.

Nach längerer Aussprache wurden die Abmachungen gegen drei Stimmen angenommen. Zum Schluß der Versammlung wurde die rechtssozialistische Wühlarbeit in den Gewerkschaften aufs schärfste verurteilt; die Genossen werden diesen Herrschaften das Handwerk zu legen wissen.

Eine gut besuchte Branchenversammlung der Rollkutscher und Speditionsarbeiter fand am 5. Dezember statt und beschäftigte sich mit der Neuwahl der Branchenleitung. Der frühere Branchenleiter Berner, der sich im Oktober zur Disposition gestellt hatte, wollte die Leitung der Versammlung übernehmen, was aber von der Opposition verhindert wurde. Es wurde ein Vorsitzer gewählt und dann schritt man zur Neuwahl der Branchenleitung. Die von den Vertrauensmännern vorgeschlagenen Kandidaten wurden fast einstimmig gewählt, Berner erhielt nur drei Stimmen.

Branchenversammlung der Hobler, Fräser, Stoßer usw. befaßte sich am Sonntag mit der letzten Lohnbewegung. Das Referat hielt Gen. Tirpitz, der die Schuld, daß nicht mehr erreicht wurde, nicht dem Schiedsgericht allein, sondern der Regierung zuschiebt, die alles tue, daß der Kapitalismus erstarke. Auch die Hetze gegen die Streikleitung seitens der bürgerlichen Presse samt „Vorwärts" wurde vom Referenten in das entsprechende Licht gerückt. Von der Verwaltung wird erwartet, daß beschleunigt für die Schaffung der Industrieorganisation gearbeitet wird. Eine entsprechende Resolution wurde von der Versammlung angenommen.

Den beim früheren Bekleidungsamt III A. K. Spandau Beschäftigten zur Kenntnis, daß die auf die Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage bezahlt werden. Meldungen sind schriftlich bei den früheren Dienststellen einzureichen. Die Bezahlung erfolgt eine Woche nach Eingang des Schreibens durch die Post, wenn nicht ausdrücklich anders gewünscht wird. Der Arbeiterrat.

Versicherungsangestellte Victoria, die auf dem Boden der Opposition im Angestelltenverband stehen. Mittwoch, nachmittags ¾4 Uhr, Versammlung, Alte Jakobstraße 32, Zentral-Festsäle, Stellungnahme zu den Delegiertenwahlen. Arbeiterrat Dimmick.

Loebwerke Charlottenburg. Heute, Dienstag, von 2—4 Uhr, Auszahlung der Streikgelder bei Heim (Zur Freiheit), Charlottenburg, Helmholtzstr. 35.

Hüttenwerk Tempelhof, A. Meyer. Alle ausgesperrten Kollegen treffen sich am Dienstag um 11 Uhr im Lokal von Müller, Tempelhof, Germaniastr. 150, wegen Arbeitsaufnahme. Es hat jeder zu erscheinen.

Groß-Berlin.

Die Verteuerung des Straßenbahnverkehrs.

Wir stehen vor einer erneuten Verteuerung im Straßenbahnverkehr. Wie hoch in Zukunft die Einzelfahrt bemessen wird, unterliegt noch der Beschlußfassung der zuständigen Körperschaften. In der Aufsichtsratssitzung der Großen Berliner Straßenbahn legte gestern die Direktion den Stand des Unternehmens dar. Nach einer Vorlage über den Haushalt des Bahnunternehmens geht hervor, daß die Große Berliner im Jahre 1919 mit einem Defizit von 17 Millionen Mark abschließt. Dazu kommen Mehrausgaben für Löhne und Gehälter von 30 Millionen Mark, wozu andere erhebliche Mehrausgaben für Materialien, Erneuerungen u. a. kommen. Um alle diese Mehrausgaben zu decken, hält die Direktion die Erhöhung des Tarifs von 20 auf 30 Pfennige für erforderlich.

Nach dieser Aufstellung würden sich die Kosten für die Monatskarten erhöhen für eine Linie von 15,60 auf 24 M., für zwei Linien von 20 auf 30 M., für 3 Linien von 26 auf 38 M. und für alle Linien von 40 auf 60 M. Bei dieser Bewertung seien Ausgaben für bevorstehende weitere Lohnforderungen noch nicht berücksichtigt, so daß in diesem Falle der Tarif sich weiter erhöhen würde.

In der ausgedehnten Besprechung kam zur Sprache, daß die Stadt sich in den nächsten Tagen entscheiden müßte über die Forderungen der städtischen Straßenbahner, die Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern verlangten, eine Forderung, die unserer Meinung nach nicht abgewiesen werden kann, die aber ihre Rückwirkung auf die Straßenbahnangestellten der Großen Berliner hat. In den nächsten Tagen werden auch hier die Verhandlungen beginnen. Als Grundlage wurde festgelegt, daß dabei die Anrechnung der Kleidung, die freie Fahrt und eine prozentuale Berücksichtigung des Trinkgeldes nicht außer acht bleiben könne, weil sonst die Straßenbahnangestellten vor den städtischen Arbeitern bevorzugt würden, was wiederum die städtischen Arbeiter veranlassen würde, ihrerseits eine Gleichstellung mit den Straßenbahnern zu verlangen. Eine Rückdatierung könne ebenfalls nicht ermöglicht werden.

Es wurde in der Besprechung dargelegt, daß es notwendig sei, den Arbeitern und Angestellten der Großen Berliner vollen Einblick in die geschäftliche Gestaltung und den Stand des Unternehmens zu verschaffen und sie am besten zu den Sitzungen des Aufsichtsrates hinzuzuziehen, damit sie über die Dinge auf dem Laufenden sind. Die Direktion will diesen Wünschen soweit wie irgend möglich stattgeben.

Die Direktion erklärte, daß die Forderungen der Straßenbahner, die bei der Stadt gestellt würden, die Große Berliner mindestens mit 30 Millionen belasten würden.

Ein Reichstarif würde wohl nicht mehr zustande kommen. Eine Beschlußfassung über den Tarif wurde bis Ende der Woche ausgesetzt.

Es ist kein Zweifel, daß eine Tariferhöhung von 20 auf 30 oder gar auf 35 Pfennige für das fahrende Publikum, insbesondere für die Arbeiterschaft, eine ungeheure Belastung darstellen dürfte. Ein Teil wird die Erhöhung wett zu machen versuchen durch Lohnerhöhung, andere große Teile der Bevölkerung werden aber dazu nicht in der Lage sein. Andererseits kann man den Arbeitern es nicht verdenken, wenn sie die Verschlechterung ihrer Lage wett zu machen versuchen durch Lohnerhöhungen. Das Straßenbahnunternehmen kann aber Mehrausgaben nur ausgleichen durch erhöhte Einnahmen, die neue Tariferhöhungen darstellen. So zieht eine Maßnahme andere nach sich.

Eine Besserung auf dem Gebiete des Verkehrswesens wird eintreten, wenn die Straßenbahn ihren Betrieb wieder voll aufnehmen, wenn sie die Linien voll betreiben kann. Das kann sie solange nicht, als sie nicht mehr Strom verbrauchen kann, wie heute ihr zugemessen ist.

Mehr Dampf!

Wie die Deputation für die Kohlenverteilung des Magistrats Berlin arbeitet, zeigt eine Zuschrift an uns, die folgendermaßen lautet: „Ende des Monats Oktober, nachdem die Ofenkarten ausgegeben waren, erhielt der Hauswirt eines Hauses, zur Brotkommission 189 gehörig, die Aufforderung, die an eine Einwohnerin ausgegebene Karte sofort, innerhalb zwei Tagen, zurückzugeben, da diese auf einen anderen Namen, nämlich des verstorbenen Vormieters, ausgeschrieben war. Der Aufforderung wurde sofort entsprochen, und die Karten nebst Ausweiskarte mit einem die Sachlage erklärenden Antwortschreiben eingesandt. Bis

heute — 7. Dezember — ist troß zweimaliger Erinnerung die Sache nicht erledigt. Der betreffende Mieter ist infolgedessen seit Anfang November ohne jedes Heizmaterial, denn es sind weder die zuständigen Kohlenkarten zurückgesandt, noch erfolgte irgendwelche Antwort."

Wir geben dieser Zuschrift Raum, weil uns des öfteren schon ähnliche Klagen zugingen, und diese nun bestätigt werden. Der Organisationsapparat scheint nicht recht zu klappen; im Interesse der frierenden Mitbürger ist eine schleunige Aenderung aber vonnöten.

Kommunale Vertreter der U. S. P. D. Groß-Berlin.

Konferenz Sonnabend, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Plenarsitzungssaal, Rathaus Berlin, Eingang Königstraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gesetzentwurf für Groß-Berlin. Referent: Gen. Leid. 2. Groß-Berliner Schulfragen. Referent: Gen. Dr. Löwenstein.

Es wird erwartet, daß jeder Ort vertreten ist.

Der Kommunale Ausschuß.
J. A.: Dr. Kurt Rosenfeld. Hermann Weiße.

Arbeitslosenräte Groß-Berlins.

Außerordentliche Vollversammlung am Donnerstag, 2 Uhr, in der Dresdener Straße 45. Jeder Ort muß vertreten sein.

Der Landesausschuß.

Zur Aufhebung des Belagerungszustandes.

Das Oberkommando macht bekannt: Infolge Aufhebung des Belagerungszustandes durch Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 5. d. M. sind auch alle Maßnahmen, die der Oberbefehlshaber auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 6. 1851 für den Landespolizeibezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim getroffen hat, außer Kraft gesetzt.

Kriegsbeschädigte, besonders die durch Kopfschuß Verletzte, haben noch lange Zeit nach der Lazarettentlassung unter den Folgen der Verwundung zu leiden. Die Berliner Schule für Kopfschußverletzte versucht, auf Grund mehrjähriger Erfahrungen diese Folgen durch einen systematischen Einzelunterricht zu mildern oder zu beseitigen; vor allem beabsichtigt sie, durch die Art ihres Unterrichts eine Hebung der Stimmung und Steigerung des Willens zu bewirken. Kopfschußverletzte, besonders auch aus der Gefangenschaft heimkehrende, werden darum auf diese Schule, die von der K. B. F. der Stadt Berlin unterhalten wird, aufmerksam gemacht. Der Unterricht ist Einzelunterricht, der sich der Vorbildung, dem Grad der Beschädigung, dem Bedürfnis des Teilnehmers und seinem Beruf streng anpaßt. Die Teilnahme am Unterricht ist unentgeltlich, ebenso ärztliche und berufliche Beratung, falls sie gewünscht werden sollte. Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule, Stadtschulinspektor Fuchs, in seiner Sprechstunde, Montags und Freitags von 1—2 im Schulhaus, Senefelder Str. 6 und Donnerstags von 10—12 im Jugendamt, Jüdenstr. 50/51 entgegen.

Paketverkehr in der Weihnachtszeit. Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 26. Dezember werden zur Beförderung unter Wertangabe von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Versendung unter Wertangabe ausgeschlossen. Die Eilbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen. Dringende und Einschreibpakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

Pakete für Kriegsgefangene in Sibirien. Mitte Januar 1920 geht wieder ein Schiff von Kopenhagen nach Sibirien ab, das Pakete für dortige Gefangene mitnimmt. Die Holzkisten müssen sorgfältig verpackt sein, am besten in Holzkisten. Auf Genauigkeit der Adresse der Kriegsgefangenen ist zu achten. Auch darf die Adresse des Absenders nicht fehlen. Ferner ist auf den Paketen der Vermerk „Via Nordkors, Kopenhagen" anzubringen. In Frage kommen nur Pakete an Gefangene in Irkutsk und östlich von Irkutsk. Die Pakete dürfen nichts Schriftliches enthalten. Die Absendung der Pakete muß so rechtzeitig erfolgen, daß sie spätestens bis 10. Januar in Kopenhagen eintreffen, da sie dort nach Lagern sortiert und in Kisten verpackt werden.

Eine starkbesuchte Mitgliederversammlung des Bundes ehemaliger Kriegsgefangener erhob lebhaft Klage über schlechte Behandlung der Gefangenen durch die deutschen Vorgesetzten sowie über ungerechte Verteilung der Liebesgaben an heimgekehrte Kriegsgefangene. Auch die langsame Verteilung der wirtschaftlichen Beihilfe erregte berechtigtes Mißfallen. Er verlangt, daß sie schnell und ausreichend gegeben werde, da sich doch fast jeder Heimkehrer in einer Zwangslage befindet. Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich Michaelkirchstraße 30, Anmeldungen nehmen außerdem entgegen: Schauerhammer, Alte Jakobstr. 65, Röseler, Prenzlauer Straße 24.

Sänger herbei! Stimmbegabte Herren und Damen, die sich dem neu zu gründenden Volkschor anschließen wollen, werden gebeten, ihre Adressen bis Mittwoch an Herrn Hermann Scherchen, Berlin-Tempelhof, Albrechtstr. 51, zu senden.

Velten. Auf Abschnitt 12 der alten Kohlenkarte werden heute vom Kohlenhändler Kußner auf dem Staatsbahnhof Kohlen verabfolgt.

Aus dem Gemeindeleben.

Spandau. Der Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember lag folgender Dringlichkeitsantrag unserer Genossen vor: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, für die im Orte wohnenden, ausgesperrten und gemaßregelten Metallarbeiter 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Gen. Bergemann begründete eingehend die Dringlichkeit; diese wurde mit den Stimmen der Rechtssozialisten anerkannt. Genosse Bergemann ging dann bei Begründung der Vorlage auf die Notlage der Metallarbeiter ein. Daß die bürgerlichen Parteien eine ablehnende Haltung einnehmen würden, war wohl vorauszusehen, daß aber die Rechtssozialisten durch ihren Führer Jahnke sich gegen die Vorlage aussprachen, nachdem sie für die Dringlichkeit gestimmt haben, ist unbegreiflich und zeigt ihr sozialistisches Empfinden. Die Vorlage wurde demnach mit Hilfe der Rechtssozialisten abgelehnt. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag unserer Genossen, welcher die Bereitstellung von 20 000 Mark zur Weihnachtsbescherung für die Kinder der Erwerbslosen forderte, wurde zurückgezogen, nachdem Oberbürgermeister Dr. Woelk die Erklärung abgegeben hat, daß die Kriegskommission beschlossen habe, dem Antrag der Vertreter der Erwerbslosen entsprechend, 20 000 Mark für die Kinder derjenigen Erwerbslosen zur Verfügung zu stellen, die mindestens 50 Tage am 1. Dezember 1919 erwerbslos waren. Mehrere kleine Vorlagen wurden ohne Aussprache bewilligt. Der Vorsteher Kramm (R.-S.) legte infolge Arbeitsüberlastung sein Amt und sein Stadtverordnetenmandat nieder.

Versammlungen.

Spandau. Die S.P.D. hatte zu Donnerstag Abend nach Stollbergs Lokal eine öffentliche Volksversammlung einberufen, wo der Abg. Löbe, Vizepräsident der Nationalversammlung, reden sollte. Als zur festgesetzten Stunde noch niemand von den Einberufern anwesend war, wählte die Versammlung ein Bureau, das nur aus Unabhängigen bestand, da kein Rechtssozialist vorgeschlagen wurde. Dann ergriff Gen. Kunz das Wort zu einem einstündigen Referat, in dem er das ganze Sündenregister der Rechtssozialisten, besonders der in Spandau aufzählte. Als erster Diskussionsredner trat der inzwischen erschienene Rechtssozialist Löbe auf. Er bemühte sich, der Versammlung klar zu machen, daß die Regierung nicht anders handeln könne. Er mußte aber zugeben, daß die Rechtssozialisten viele Fehler gemacht haben, aber auch von den Gegnern seien Fehler gemacht worden. Einigkeit der Proletarier sei das dringendste Gebot in jetziger Zeit. Seine Ausführungen wurden von verschiedenen Diskussionsrednern widerlegt. Auch dem Gen. Kunz war es in seinem Schlußwort leicht gemacht, die Ausführungen Löbes zu widerlegen. Nach der fast einstimmigen Annahme einer Resolution, die den Rücktritt der Regierung fordert und in der Diktatur des Proletariats den einzigen Weg zur Herbeiführung des Sozialismus erklärt, wurde die von etwa 1400 Personen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die kämpfenden Brüder im Sowjet-Rußland geschlossen. — Ein Vorkommnis in der Versammlung ist bezeichnend für die Kampfesart der Rechtssozialisten. Während der Rede des Gen. Kunz machte der Versammlungsleiter bekannt, daß der Rechtssozialist Jahnke gedroht habe, mit Hilfe der Polizei die Versammlung aufzuheben und wenn es der Polizei nicht gelinge, dann würde Militär einschreiten. Tatsächlich ist während der Rede des Abg. Löbe auch die Polizei mit Jahnke und Stahl an der Spitze auf der Bühne erschienen. Eine gewaltige Erregung bemächtigte sich der Versammlung, und nur der besonnenen Haltung des Versammlungsleiters war es zu verdanken, daß die sogenannten Auchsozialisten unbehindert, wenn auch kreidebleich, ihren Heimweg antreten konnten. Selbst der Abg. Löbe war entrüstet über das Vorgehen der hiesigen Rechtssozialisten und das Erscheinen der Polizei in der Versammlung. Der Versammlungsleitung gelang es endlich, die Teilnehmer der Versammlung zu beruhigen.

Lebensmittelkalender.

Groß-Berlin. Die Mehreingänge an Milch ermöglichen vom 8. Dezember ab folgende Belieferung für A-B-Milch (Liste IV), d. h. auf A I-Karten 1 Liter, auf A II-Karten ¾ Liter, auf B I-Karten ½ Liter, auf B II-Karten ½ Liter, für C-Milch (Liste III), d. h. auf C I-Karten ¼ Liter, auf C II-Karten ¼ Liter.

Tempelhof. 20 Gr. Butter, 70 Gr. Margarine, 125 Gr. Reis (100), 200 Gr. Reis (45 Zgbl.), 8 Stück Weihnachtsgebäck für 1 M. (84).

Mariendorf. Weißkohl zum Preise von 15 Pf. pro Pfund ohne Bezugsbeschränkung täglich von 8 bis 11 Uhr, solange der Vorrat reicht, in der hiesigen Volksküche, Rathausstr. 69/72.

Glienicke (Nordbahn). Freitag auf die Lebensmittelkarte: 500 Gr. Maisgrieß (67), ¼ Pfd. Tilsiter Käse (67), 250 Gr. Graupen oder Gerstenflocken (81), 150 Gr. Hülsenfrüchte (94), 150 Gr. Teigwaren (93). Für Kranke, die im Besitze eines Nährmittelattestes sind, Personen über 60 Jahre, Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahre, werdende und stillende Mütter 2 Pakete Zwieback und 1 Paket Milchsüßspeise. Ausweise im Gemeindeamt. Anmeldung bis Mittwoch.

Aus den Organisationen.

1. Distrikt, 5. Abteilung. Mittwoch Zahlabend bei Rathmann, Wilhelmstr. 118.

3. Distrikt, 4. Abteilung. Mittwoch abend 7 Uhr Zahlabend in der Schulaula Dieffenbachstr. 51. Vortrag des Gen. Dr. Grumach.

16. Distrikt, 2. Abteilung. Mittwoch abend 6 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend in der Schulaula Pankstr. 18.

17. Distrikt. Dienstag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr, in der Schulaula Ruheplatzstr. 5/7 große Frauenversammlung. Bericht von der Reichsfrauenkonferenz. Ref.: Genossin Kohitta.

Charlottenburg. Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags, findet in der Leibniz-Oberrealschule (Ecke Schiller- und Hardenbergstraße) ein Kunstnachmittag statt unter Mitwirkung von Gertrud Eysoldt vom Deutschen Theater (Rezitation), Gisela Trau (Cello), John Gottowt vom Theater „Die Tribüne" (Rezitation) und Felix Stössinger (Einleitende Worte). Karten zu 1 M. bei den Funktionären am Zahlabend und in der Buchhandlung „Freiheit".

Tempelhof. Dienstag abend von 6 Uhr ab Handzettelverteilung von den bekannten Lokalen aus. — Donnerstag abend 7½ Uhr öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: „Die Abwürgung des kommunalen Arbeiterrats in Tempelhof." Referent: Gen. Irrgang.

Tempelhof. Dienstag abend 8 Uhr gemeinschaftliche Sitzung des Frauenbildungsabends und der Frauenarbeitskommission bei Gräbmacher, Berliner Straße 61.

Marienfelde. Der Zahlabend findet wieder im alten Lokal (Inhaber Moldenhauer) am Mittwoch abend 7½ Uhr statt.

Britz-Buckow. Unsere Zahlabende finden wie folgt statt: 1. und 2. Bezirk bei Wilde, Chausseestraße; 3. Bezirk bei Westphal, Rudower Straße; 4. und 5. Bezirk bei Zilz, Werderstraße.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, Zahlabend in den Bürgersälen. Bericht vom Parteitag.

U. S. P. D. Gastwirtsangestellte! Mittwoch, den 10. d. M., vorm. 10 Uhr, Zahltag in der Arbeiterbildungsschule, Schicklerstr. 5, H. II.

Vereinskalender.

Achtung! Graphisches Gewerbe! Die angezeigte Versammlung im Gewerkschaftshaus am Mittwoch, den 10. d. M., fällt aus und findet später statt.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 7, Sektion a (Waren- und Kaufhäuser, Bezirk Osten und Nordosten). Dienstag abend 7 Uhr öffentliche Versammlung in Boekers Festsälen, Weberstr. 17. Tagesordnung: Wie verbessern wir unsere Lage? Referentin: Kollegin Licht.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirksvereine 11 und 13. Heute, Dienstag, 7 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal. Vorstandswahlen.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Bezirk Südost. Versammlung am 9. Dezember, abends 7 Uhr im „Reichenberger Hof".

Freie sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Lichtenberg, Dossestr. 22. Heute abend Fortsetzung der Programmbesprechung. Morgen um ½8 Uhr Gruppenversammlung.

Freie sozialistische Jugend Wedding I. Heute abend ½8 Uhr bei Gladow, Malplaquetstr. 24, Vortrag über „Die Entstehung der Arbeiterbewegung".

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919, abends 6 Uhr,
Gruppen-Versammlung
der Werkzeugschleifer
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 5)
Tagesordnung: 1. Berichte über die Eingruppierung. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht jedes Kollegen pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919, abends 7 Uhr
Versammlung
aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4)
Tagesordnung: 1. „Die Aufgaben und Pflichten der Kolleginnen in der Organisation." Referentin: Kollegin Frida Gladosch. 2. Bericht vom Verbandstag.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller in der Metallindustrie beschäftigten Kolleginnen, pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch oder Karte ist mitzubringen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Angehörige** Achtung!
des gesamten Verkehrsgewerbes von Groß-Berlin
(Straßenbahner, Hochbahner usw.)
Mittwoch, den 10. Dezember 1919, abends 6 Uhr, findet im großen Saal der Bockbrauerei, Fidicinstraße 2—3, eine
Versammlung
statt.
Tagesordnung: Referat über das kommende Betriebsrätegesetz. Anschließend: Diskussion.
Der Einberufer.

Mein Haarausfall hat vollkommen aufgehört
Seit Jahren gingen mir die Strähnen aus und das wenige Haar war ganz dünn. Da hörte ich von Ihrem Haarkraftwasser und nach kurzem Gebrauch zeigte sich neues Wachstum. Es grenzt an das Wunderbare! Berlin, Liddy Schw . . . — Reichel's Haar-Kraftwasser Fl. Mk. 4,-, 6,-. Spezialbroschüre „Die rationelle Haarpflege" kostenfrei. Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4.

Nach kurzem, aber schwerem Leiden verschied am Freitag, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr, plötzlich und unerwartet mein lieber, guter Mann
Franz Ladner
im Alter von 50 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Charlotte Ladner
geb. Draheim.
Die Einäscherung findet am Donnerstag um 5 Uhr nachm. Gerichtstraße, Krematorium, statt.
Von Kondolenzbesuchen bitte Abstand zu nehmen.

Mollige Schuhe
für das Haus in Filz, Kamelhaar und anderen warmen Stoffen für Damen, Herren u. Kinder
gut und preiswert
Leiser

Platina Gramm 116 Mark.
Gold, Silber, Zahngebisse bis **1000 Mk.**
Zähne, Pl., nicht unter **6,50 Mk.**
kauft
Hausdorf, Palisadenstr. 11
vorn II Treppen

Am 6. 12. 1919 starb der Gastwirt
Max Behrend,
Ackerstr. 133, Bez. 226, plötzlich an Lungenentzündung.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. d. Mts., nachm. ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabethkirchhofes, Ackerstr., aus statt.

Nachruf.
Am 23. November verschied unser Freund
Fritz Müller.
Es ging in ihm einer unserer Besten dahin.
In treuer Freundschaft
E. Hübner, Max Hutzelmann, Osk. Kühn, Paul Lorenz, Behmstr. 41.

U. S. P. D.
Reinickendorf-Ost.
Den Gen. zur Nachricht, daß unser langjähriger treuer Genosse
Franz Ladner
plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 11. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Krematorium, Berlin, Gerichtstr., statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Geschäftsleitung.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Todesanzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag vormittag 9¼ Uhr, nach langem schweren Leiden, meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwägerin und Tante
Margarete Klar
geb. Böhm
im 38. Lebensjahre verstorben ist.
Der trauernde Gatte.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 11. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße statt.

Genossen beachtet die Inserenten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser
Karl Weber
Spandau, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Autoführer
Andreas Iffländer
am 4. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Schäferkirchhofes, Reinickendorf, Humboldtstr. statt.
Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 30)
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Paul Hoffmann
am Sonnabend, den 6. Dezember 1919 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Dezember 1919, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Tegel, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V.

Sitz Berlin
Am 5. verstarb unser Mitglied, Partei- und Stadverordneter
Hermann ...
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt ... nachm. ... matorium ...
Der Vorstand.